

der Tat entscheidende Frage. Er wagte sie nicht mit einem Ja zu beantworten, weil es keine „Kommunionaskese“ gebe; die Hingabe des Lebens, die in der Kommunion erfolgen sollte, beschränke sich auf eine „persönliche Begegnung“ (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 34). Diese ersten Fragen zeigen, wie die liturgische Bewegung weit über sich hinausweist, ja wie sehr ihr Gelingen von ganz anderen Kräften und Maßnahmen abzuhängen scheint, die nicht liturgisch gelenkt und rubriziert werden können. Sie zeigen vor allem, warum dieses ungeheure Anliegen immer wieder dem erleuchteten Gebet der Gläubigen übergeben werden muß. Es ist nur ein verheißungsvoller Anfang, daß die Neuregelung der Karwoche, wie Pius XII. den Teilnehmern des Liturgischen Kongresses von Assisi sagte, „den Gläubigen geholfen hat, das Leiden und die Verherrlichung unseres Herrn besser zu verstehen und mit mehr Liebe daran teilzunehmen... Die Liturgische Bewegung erweist sich als ein Zeichen der Vorsorge Gottes für die gegenwärtige Zeit, als ein Wehen des Heiligen Geistes in seiner Kirche, um die Menschen näher an die Mysterien des Glaubens und den Reichtum der Gnaden heranzuführen...“ Aber wer sähe nicht auch die Gefahr für diese Bewegung, die endlich zu Gesetzen und Maßnahmen der kirchlichen Autorität führt und erst noch führen wird, wenn sie nicht zugleich von allen Priestern und Gläubigen so bereitwillig und so einmütig aufgenommen wird, um ihr eigentliches Ziel zu erreichen? Es kommt in dieser Sache wirklich darauf an, daß wir unser Vertrauen nicht nur auf die liturgischen Reformen, sondern auf den Heiligen Geist setzen und nicht ablassen, ihn ernstlich anzurufen.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Die Weltmission — Ergebnisse der Jahresaktion 1955/56 des BDKJ** — Die Jahresaktion 1955/56 der Deutschen Katholischen Jugend stand unter dem Motto: Weltmission.

Die katholische Jugend Deutschlands hatte sich für dieses Jahr die Aufgabe gestellt, sich mit den Problemen der Missionen vertraut zu machen, für sie zu werben und vor allem ihnen zu helfen. Die ersten, noch unvollständigen Ergebnisse dieser Aktion liegen jetzt vor.

#### *Der Gottbekenntnistag 1956*

An ihrem Bekenntnistag sollte die Jugend 1956 ein Opfer für die Weltmission bringen. Obgleich einige Diözesen ihre Kollekte bereits zu einem früheren Zeitpunkt für andere Zwecke festgelegt hatten, übertraf das Ergebnis dieser Kollekte die früheren bei weitem. Insgesamt wurden fast 181 000 DM gespendet. An der Spitze steht Münster mit 22 000 DM vor Regensburg (20 000), Köln (18 000), Augsburg (18 000), Osnabrück (17 000) und Trier (13 700; davon fallen 6 000 DM auf das Saargebiet).

#### *Die Aktionen der Diözesen*

Daneben führten die Diözesen umfangreiche Hilfsaktionen für die Missionen durch. So besorgte die Mannesjugend der Diözese Aachen für einen Missionar in Johannesburg (Südafrika) ein Kapellenauto, die Frauenjugend spendete eine Druckerpresse (20 000 DM) für die erste katholische Tageszeitung in Rhodesien. In der Diözese Augsburg wurden in 750 Vorträgen über 56 000 DM ein-

genommen. Das Dekanat Lindau spendete einen Volkswagen für einen Negerbischof. Die Erzdiözese Bamberg sammelte 11 600 DM, stellte 1400 DM für die Überfahrt eines Paters zur Verfügung sowie einen Volkswagen für Schweden, ein Harmonium und mehrere Meßkoffer. In der Erzdiözese Freiburg spendete die Mannesjugend einen VW-Bus für Dakar, 7 Werkzeugkisten, 2745 DM; die Frauenjugend ein Auto für den Bischof von Tabora (5000 DM), ein Boot für den Tanganjika-See (12 000 DM), für die Ausstattung eines Operationssaales in Südafrika 2000 DM, für die Priesterseminare in Tokio 8000 DM. Die Diözese Hildesheim sammelte 1475 DM, stellte die Summe für 25 Heidenkinder zur Verfügung, ferner einen Betrag für Paramente und spendete in bar 5642 DM. Limburg stellte 5300 DM, ein Moped, einen Küchenherd und Paramente zur Verfügung. Die Erzdiözese München spendete für ihre japanische Patendiözese Kagoshima 25 000 DM, zehn Nähmaschinen, einen Schmalfilmapparat mit Zubehör (4000 DM); die Landjugend einen Unimog für eine Missionsfarm in Bolivien (15 000 DM). In der Diözese Passau fütterte die Landjugend unter der Parole „Ein Schwein für Korea“ 35 Schweine. Fünfhundert Sparbüchsen-Schweinchen wurden gefüllt. Über 200 Pfarreien (von insgesamt 296) wurden in Missionsvorträgen angesprochen. Ergebnis: über 80 000 DM. Das Dekanat Regensburg stellt jährlich 2000 DM für eine chinesische Medizinstudentin zur Verfügung, das Dekanat Weiden kommt für drei chinesische Studenten auf. In der Diözese Rottenburg kamen an Geld- und Sachspenden ungefähr 22 000 DM zusammen, Patenschaften für afrikanische und indische Theologiestudenten wurden übernommen. Speyer spendete 6000 DM und Paramente, Würzburg 20 000 DM durch eine Bausteinaktion für ein Schulheim in Malmö.

### *Einzelaktionen*

Eine Geschenkaktion des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung in Aachen erbrachte 31 000 DM in bar, dazu Paramente, Werkzeuge, Kinderausstattungen usw. Eine „Voran“-Werkzeugaktion ergab ca. 900 Einzelstücke vom Schraubenzieher bis zum Hobel; ferner 5 Werkzeugkisten und 2000 DM in bar. Die Jungengemeinschaft Neudeutschland opferte 1 Volkswagen, 11 Kelche oder Ziborien, 5 Meßgewänder, 3 Mopeds, 3 Fahrräder, 2 Missale, je eine Monstranz, Schreibmaschine, Nähmaschine, ein Motorrad und 1000 DM (Gesamtwert: ca. 40 000 DM). Die christliche Arbeiterjugend hat für die Romwallfahrt der Welt-CAJ 1957 die Patenschaft für die Delegierten verschiedener Missionsländer übernommen. Sie hofft, etwa 50 000 DM bereitstellen zu können. Außerdem wurden von vielen Gruppen des BDKJ Briefmarkenaktionen durchgeführt. So sammelte eine Pfarrei in Regensburg allein zehn Zentner Briefmarken.

Diese Ergebnisse sind lückenhaft und werden es wohl auch bleiben. Denn viele Gegenstände lassen sich nur schwer einschätzen, und oft geschah es auch, daß die eingeladenen Missionare nach den Vorträgen die Kollekten mitnahmen, ohne zu sagen, wieviel sie gesammelt hatten; einzelne Gruppen machten auch keine Angaben über ihre Sammelergebnisse, im Glauben, „die Linke solle nicht wissen, was die Rechte tut“. Insgesamt gehen die gesammelten Beträge und Sachwerte weit über den Wert einer halben Million DM hinaus.

Ein Ziel der Aktion wurde indes nicht erreicht: eine wesentliche Erhöhung der Mitgliederzahlen des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung. Trotzdem kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Aktion — über die materiellen Erfolge hinaus — sehr viele Jugendliche zum ersten Male mit der Wirklichkeit der Weltmission vertraut gemacht hat und daß die Jugendlichen dieses Hauptanliegen der Kirche jetzt zu einem persönlichen machen werden. Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der zahlreichen Missionsausstellungen, die zu Hunderten im vergangenen Jahr auf Pfarr- und Dekanats-ebene durchgeführt wurden.

**Gebietsmission in Marl** Seit einigen Jahren bemühen sich die Volksmissionare im deutschen Raum um die Anpassung der Volksmission an die Situation unserer Zeit und die Durchführung zeitgerechter Volksmissionen (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 197 f., 5. Jhg., S. 105 ff. und 6. Jhg., S. 148 und 294, sowie die ausführliche Darstellung der Volksmission von Lens, 7. Jhg., S. 250 ff.). Das war auch das Thema der letzten Generalversammlung der missionierenden Orden Deutschlands in Würzburg. Als ideale Form der zeitgerechten Volksmission wurde die „Gebietsmission“ empfohlen.

Eine solche Gebietsmission wurde im Raum Marl/Westf. im Jahre 1956 durchgeführt. Das Gebiet der Stadt Marl ist eines der aufstrebendsten Industriegebiete, geprägt durch die Chemischen Werke und die großen Zechenbetriebe Brassert und Auguste Viktoria. Das Institut für christliche Sozialwissenschaften in Münster unter Leitung von Professor Höffner nahm zunächst die religionssoziologischen Untersuchungen in Marl vor, die ungefähr ein Jahr in Anspruch nahmen. Einzelne Ergebnisse wurden jeweils auf den Dekanatskonferenzen vorgetragen und besprochen. Gleichzeitig wurde in gemeinsamen Konferenzen der Pfarrgeistlichen und einzelner Missionare die Planung und Durchführung der Gebietsmission überlegt. Eine wesentliche Forderung zeitgerechter Seelsorge wurde als Hauptziel der Mission angestrebt: die laienmitverantwortliche Seelsorge. Darum sollte das Laienapostolat in der Seelsorgehilfe in den einzelnen Gemeinden begründet oder ausgebaut und das Betriebsapostolat in den großen Betrieben in Angriff genommen werden.

Die alljährliche Tagung der Volksmissionare in Essen-Borbeck wurde im Januar 1956 ganz auf die Gebietsmission in Marl abgestellt. Das Seelsorgeamt Münster, die Pfarrgeistlichkeit des Dekanats und die Missionare kamen zu einer dreitägigen Beratung zusammen, um die ganze Vorbereitungsarbeit näher zu besprechen und einen Missionierungsplan zu entwerfen.

Die Vormission, die in den einzelnen Gemeinden etwa ein halbes Jahr vor der Hauptmission gehalten wurde, diente dem Aufbau des Laienapostolates und der apostolischen Ausrichtung der Kernpfarre. Für die Gründung des Betriebsapostolates setzten sich vor allem die Gemeinden ein, die in unmittelbarer Nähe der großen Betriebe liegen.

Die Hauptmission selbst wurde eingeleitet durch Hausbesuche der Missionare, die zwei oder wenigstens eine Woche vorher die Gemeinden entweder ganz oder zum großen Teil besuchten.

Die Auswirkung der Mission ist noch nicht genau zu übersehen. Die religionssoziologischen Untersuchungen

von Marl werden veröffentlicht, und die Ergebnisse der Mission sollen darin verarbeitet werden. Einige Ergebnisse sind bemerkenswert und aufschlußreich. Bemerkenswert ist zunächst die Tatsache, daß der rein zahlenmäßige Zuwachs in den einzelnen Gemeinden verschieden und im allgemeinen nicht so hoch war, wie man es erwartet hatte. Möglicherweise waren hier die Erwartungen zu hoch gespannt. Vieles wurde jedoch erreicht, was sonst nie erreicht worden wäre (Ehen, Taufen, Rekonziliationen, Rückgewinnung Abständiger). Das ist die eindeutige Überzeugung fast aller Missionare. Die Befragung einzelner Laienapostel hat überdies gezeigt, daß die Wirkung der Mission viel weiter ging, als es der zahlenmäßige Sakramentenempfang aufwies. Einige Stichproben ergaben, daß die sporadische Beteiligung an der Mission wesentlich höher war. Viele sind nicht zum Empfang der Sakramente gekommen, die sich doch mehr oder weniger an der Mission beteiligt haben. Sie sind ansprechbar und können mit der Zeit ganz gewonnen werden. Die Seelsorge braucht darum heute mehr als früher Geduld und einen langen Arm. Die Wiedergewinnung verlorener Bevölkerungsteile fordert eine seelsorgliche Planung auf Jahre hinaus und ist ohne die aktive Mitarbeit der Laien niemals zu erreichen. Die Diözesanleitung in Münster schreibt zum Ergebnis der Gebietsmission von Marl: Als unmittelbaren Erfolg solcher Gebietsmissionen dürfen wir keine Massenbekehrungen erwarten, wohl aber dürfen wir die berechtigte Erwartung für eine innere Beseelung und Erneuerung der Pfarrgemeinde sowie für eine Mobilisierung des Laienapostolates hegen. — Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Volksmissionare das Prinzip der Gebietsmission beibehalten, die bisherigen Erfahrungen auswerten und weiterhin zu einer systematischen Zusammenarbeit mit dem Diözesanklerus des entsprechenden Gebietes kommen.

#### *Ein Diözesanbeauftragter für Volksmission*

Die Leitung der Erzdiözese Paderborn hat aus dem Willen heraus, die Volksmissionsplanungen in der angegebenen Richtung zu fördern, bereits Anfang 1956 einen Ordensmann als Diözesanbeauftragten für die Fragen der Volksmission ins Seelsorgeamt berufen. Es ist seine Aufgabe, die Pfarrer, die die Volksmission wenigstens ein Jahr vor der Durchführung anzumelden haben, bei der Planung der Volksmission zu beraten und bei der Vorbereitung zu unterstützen. Im Verein mit ihnen wird das Gebiet umgrenzt, das gleichzeitig erfaßt werden soll, das Notwendigste an soziographischem Material über den Raum zusammengetragen, das seelsorglich Vordringliche bzw. besonders Günstige durchgesprochen und festgelegt. Zwischendurch wird sowohl von seiten der Pfarrer, die sich den missionierenden Orden für ihre Pfarrei selbst wählen, wie auch von seiten des Diözesanbeauftragten mit den Missionsleitern Fühlung genommen; auch die Diözesanpräsidien der Organisationen werden über die Missionsplanung unterrichtet. Ungefähr ein halbes Jahr vor der Predigtmission treffen sich alle Beteiligten zu der Hauptbesprechung, in der die allen vorher zugeleiteten soziographischen Ergebnisse gegebenenfalls noch ergänzt und die Einzelheiten der Vor- und Predigtmission fixiert werden, soweit sie den Raum betreffen oder ein einheitliches Vorgehen auch sonst erwünscht ist. Je nach dem Charakter des Raumes werden auf übergemeindlicher Ebene Einkehrtage bzw. Vorträge für Gruppen angesetzt,

die für den Raum von besonderer Bedeutung sind, unter anderem etwa für katholische Kommunalpolitiker, für die Verantwortlichen im Bergbau und in größeren Betrieben, für Schützenvereinsvorstände, für KAB (vorab im Hinblick auf Betriebsgruppen), für die führenden Jungen oder Mädchen der Jugendgruppen usw. Parallel dazu laufen die Arbeiten der Missionare in den einzelnen Gemeinden, vorab die Schulung der Laienhelfer, die die Pfarrer vorher sorgfältig ausgesucht haben sollen.

Die neuen Versuche, den innergemeindlichen Einfluß durch Wahrnehmung der überpfarrlichen Aufgaben zu verbessern, setzen auf allen Seiten viel Geduld voraus. Manches daran ist allzu ungewohnt. Aber sie werden mit Freude aufgegriffen, wenn nicht bloß Wege gezeigt, sondern auch Hilfen geboten werden.

**Der Christ in der  
Einen Welt:  
III. Deutsch-franzö-  
sische Woche  
in Freiburg**

Wie in den vergangenen Jahren veranstaltete die Deutsch-französische Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i. Br. auch 1957 ihre „Woche“ vom 3. bis 10. Februar. Über das Thema der dies-

jährigen III. Deutsch-französischen Woche „Der Christ in der Einen Welt“ sprachen in mehreren Zusammenkünften (Konferenzen und Diskussionen) vor mehr als 5000 Katholiken in Anwesenheit des Erzbischofs von Freiburg, Eugen Seiterichs, und des Weihbischofs von Paris, Jean Rupp, als Vertreters Kardinal Feltins (der mit Erzbischof Seiterich Protektor der Veranstaltung ist), Abbé Pierre, Michel Riquet SJ, Paris, Joseph Folliet, Lyon, Josef Meurers, Bonn, und Manfred Hörhammer OMCap, München.

Man hatte das Thema „Der Christ in der Einen Welt“ gewählt, um auf einen Tatbestand hinzuweisen, der bislang nur unzureichend das Bewußtsein der katholischen Christen erfüllt und damit ihre Verantwortung für die moderne internationale Welt nicht recht wirksam werden läßt. In Anlehnung an die zahlreichen Hinweise und Aufforderungen Papst Pius' XII. galt es, aus theologischer Sicht das positive Verhältnis des Christen zu der auf Einheit hindrängenden Welt herauszuarbeiten, einer Einheit, die freilich in der Zeit niemals endgültig sein kann, wie P. Riquet betonte. Welche Folgerungen dieses kraft des christlichen Glaubens und der katholischen Lehre notwendigerweise positive Verhältnis des Christen zur heutigen Welt, deren typische Kennzeichen überwiegend Auswirkungen der angewandten klassischen (weniger der modernen) Naturwissenschaften und der damit verbundenen Technik sind, für die Katholiken, Klerus wie Laien, nach sich zieht, behandelte Prof. Meurers, nachdem er in einem großangelegten Referat „Die Einheit des Seins im Lichte der modernen Naturwissenschaft“ einen Abriss über die Entwicklung der Naturphilosophie seit dem Mittelalter gegeben und damit die Voraussetzungen für seine Diskussionsthese gewonnen hatte. Der Soziologe Joseph Folliet hatte die Aufgabe, die Wirklichkeit der Einen Welt mit Daten zu belegen und zu versuchen, eine christliche Lösung besonders zur Frage der unterentwickelten Länder anzudeuten. Die Konferenzen und Gespräche ergaben hierin eine gewisse Unterschiedlichkeit zwischen deutscher und französischer Betrachtungsweise, die verständlich ist angesichts der in Nordafrika drängenden Probleme für das französische Mutterland.

Abbé Pierre, der zu Beginn der „Woche“ im überfüllten Münster über das Thema „Dans la colère de l'amour:

unité et charité“ gesprochen hatte, umriß in mehreren Diskussionen seine Stellung zu den nationalen und internationalen Sozialproblemen in der heutigen Welt dahin, daß alle Versuche der großen weltweiten Institutionen und Organisationen, Not zu beseitigen und das Gefälle zwischen den reichen und den armen Völkern auszugleichen, nur dann Erfolg haben könnten, wenn zugleich eine Änderung des Sozialverhaltens der „Besitzenden“ bewirkt werde. Diese Veränderung könne nur durch Schockwirkung erreicht werden. Der Schock habe auszugehen von dem vom Liebesgebot Christi durchdrungenen Katholiken. Die Frage, welches Verhältnis bzw. ob überhaupt ein Verhältnis zwischen weltlich-institutioneller Aktion und charismatischem Apostolat bestehe, wurde während der III. Deutsch-französischen Woche nicht geklärt. Sie wird eines der Themen bilden, die von den jungen französischen und deutschen Katholiken, die sich seit vier Jahren zum besseren Verständnis ihrer Völker und zum gemeinsamen Apostolat in der Freiburger Deutsch-französischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, im Laufe dieses Jahres aufzuarbeiten sind.

**Wie erleben Kinder  
Erwachsene?**

Was Kinder von Erwachsenen halten, was sie von ihnen denken und wie sie sie erfahren und erleben, das zu wissen ist nicht nur interessant und wichtig für die pädagogische, kinderpsychologische und -psychotherapeutische Forschung, sondern für alle Erwachsenen, die mit Kindern umgehen und den Mut haben, sich einen Spiegel vor die Augen halten zu lassen, der ihnen ohne Vorbehalte sagt, was sie menschlich wert sind. Daß dazu die Urteile von Kindern besonders geeignet sind, braucht nicht näher erläutert zu werden; denn zu bekannt ist die Tatsache, daß nicht nur das kindliche Urteil — falls es unbeeinflusst gegeben wird — häufig unbestechlich ist, sondern auch sein Urteilsvermögen in sittlich-moralischer Hinsicht dem der Erwachsenen in nichts nachsteht. Um jedoch zu echten kindlichen Aussagen zu gelangen, ist es wichtig, daß die kindlichen Urteile spontan, unreflektiert erfolgen, ohne Rücksichten auf Vor- und Nachteile. Untersuchungen dieser Art lagen bislang nicht vor. Erst jetzt ist eine solche am psychologischen Institut der Universität Göttingen von Annemarie Tausch-Habeck durchgeführt worden. (Die Ergebnisse der Untersuchung erschienen in der „Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie“, Band III, 3.) Fräulein Tausch-Habeck hat unter Ausschluß des Verhältnisses von Kind und Eltern bzw. Lehrer die verschiedenen Erlebnismöglichkeiten des Erwachsenen durch das Kind an 120 Kindern in den Altersstufen von 7, 11, 14 Jahren, Jungen wie Mädchen, festgestellt. Dabei verzichtete sie auf Methoden wie Aufsatz, Kinderbrief oder Fragebogen, sondern bediente sich, um Spontanäußerungen zu erhalten, verschiedener Bildertests. Die Bilder stellten alltägliche Situationen aus dem Leben von Kindern mit Erwachsenen dar. Sie gaben den Kindern hinreichende Freiheit, alles zu sagen, was sie dachten, und zwar unmittelbar, ohne vorherige Überlegung. Insgesamt wurden vier Untersuchungsverfahren jeweils auf alle 120 Kinder angewendet.

*Der Erwachsene als der Mächtige*

Durch 33 Bildsituationen wurden zunächst folgende drei Fragen zu lösen versucht:

1. Wie erlebt das Kind den Erwachsenen, wenn der Erwachsene durch Handlungen eines Kindes geschädigt oder beeinträchtigt wird?

2. Wie erlebt das Kind den Erwachsenen, wenn es an seine Hilfsbereitschaft appelliert?

3. Wie verhält sich im Erlebnis des Kindes der Erwachsene, wenn das Kind ihm seine Hilfe anbietet?

Diese Untersuchung brachte folgende Ergebnisse:

1. Überschneiden sich Kinder- und Erwachsenenwelt, so erleben über 75 Prozent der Kinder aller Altersstufen, daß der Erwachsene sie zurechtweist, sich also ihnen nicht anpaßt. Das Kind sieht den Erwachsenen in erster Linie so, daß er keine Beeinträchtigung von ihm hin nimmt und duldet, sondern in scheltendem oder befehlendem Ton die Unterordnung unter seine Verbote fordert. Der Erwachsene will vom Kind respektiert werden. Die Kinder erleben daher den Erwachsenen als dominierende machtvolle Person. Sie fühlen sich ihm gegenüber ausgeliefert. „Der Erwachsene zeigt kein hinreichendes Verständnis für das kindliche Weltbild, er akzeptiert es nicht genügend und geht kaum darauf ein.“

2. 67 Prozent der Kinder hören mit der vom Erwachsenen beanstandeten Tätigkeit auf. Das heißt, der überwiegende Teil der Kinder fügt sich nunmehr der wiederholten Forderung des Erwachsenen, wenn oft auch erst nach lautem Widerstreben und scharfen Widerworten. Der Erwachsene zwingt sie, sich ihm anzupassen, ihre Ansprüche aufzugeben. Die Konsequenz, die sie aus ihrem Erleben vom Erwachsenen ziehen, ist, nachzugeben, denn er ist der Stärkere, er läßt das Kind Angst und Dominanz erleben, ihm fühlt sich das Kind ausgeliefert.

Die restlichen 33 Prozent, die sich dem Erwachsenen nicht fügen, setzen sich im überwiegenden Maße aus den 7jährigen zusammen. Der 7jährige fährt im Vergleich mit dem 11jährigen oder 14jährigen stillschweigend in seiner störenden Tätigkeit fort, d. h., er löst sich gar nicht erst von ihr, sondern gibt einfach weiterhin seinen kindlichen Impulsen nach. Ihm fehlt die reflektierende Haltung der Älteren, deren eigene Verhaltensweisen mitbestimmt werden von ihren Erlebnissen und Erfahrungen mit Erwachsenen.

3. Über 70 Prozent der Kinder helfen dem Erwachsenen nicht, um etwa von ihm belohnt zu werden oder um diese Situation für sich nutzbringend auszuwerten. Die meisten Kinder sehen in dem Erwachsenen denjenigen, „dem sie nur helfen wollen, weil sie ihn als hilfsbedürftig erleben“. Dabei ist jedoch eine Einschränkung zu machen: Bis zu 35 Prozent der 11jährigen tendieren in ihrem Hilfsangebot dem Erwachsenen gegenüber die materielle Belohnung an. Sie sehen vor allen anderen Altersstufen (besonders den 7jährigen) in dem Erwachsenen den Geschäftspartner, der sie für ihre Hilfeleistung zu entlohnen hat.

Die 14jährigen berichten, daß der Erwachsene sie mit einem Lob für ihren angebotenen Hilfsdienst belohnt. In ihrem Erlebnis gibt es also einen Erwachsenen, der ihr freundliches Verhalten nicht nur als Selbstverständlichkeit hinnimmt, sondern es sogar ausdrücklich anerkennt. Im Erleben von 40 Prozent aller Kinder jedoch, die Hilfe von dem Erwachsenen benötigen, hat sich ein Bild vom Erwachsenen aufgebaut, das von Zügen der Teilnahmslosigkeit, des Vorwurfs, der Ablehnung jeglichen Hilfsdienstes geprägt ist. Besonders die 7jährigen klagen hierüber.

### *Der Erwachsene als Freund und Helfer der Kinder*

Mit Hilfe eines weiteren Bildertests (sechs verschiedene „Porträts“) hat Annemarie Tausch-Habeck ferner festgestellt, welche Erwachsene Kinder sich auswählen, um ihnen ihre Freude, ihren Kummer mitzuteilen, mit wem sie spielen oder spazieren gehen möchten, von wem sie Hilfe erwarten, beim Lernen etwa oder bei einem blutenden Finger. Mit dieser Untersuchung wurde deutlich gemacht, welche Bedeutung die verschiedenen Alter (jung, mittel, alt) und Geschlechter der Erwachsenen für das Kind haben. Die Untersuchung ergab:

1. Fühlen sich Kinder körperlich nicht wohl, so wenden sie sich in hohem Maße an weibliche Erwachsene um Hilfe. So sehen Dreiviertel aller Kinder in der Frau die Helfende und Heilende. Diese Verbundenheit der Kinder zur Frau ist besonders stark in den höheren Altersstufen, d. h., die Ablehnung männlicher Hilfe nimmt mit steigendem Alter sehr rasch zu.

2. Brauchen die Kinder Rat, weil sie etwas nicht wissen oder bei einer Arbeit nicht weiterkommen, so bevorzugen über Dreiviertel aller Kinder den männlichen Erwachsenen. Sie wenden sich bevorzugt an ihn, weil sie erleben, daß er Berufserfahrung, Interesse, geistige Fähigkeiten und manuelle Fertigkeiten besitzt und sie in dieser Weise beraten kann. Begründungen dafür lauten: „Weil ein Mann mehr Bescheid weiß als eine Frau“ (7jähriger), oder „Herren interessieren sich mehr wie Frauen für die Natur, weil sie so in der Natur gehen. Frauen haben es immer eilig und rennen in der Weltgeschichte umher“ (14jähriger).

3. Suchen Kinder unter Erwachsenen einen Spielgefährten oder Partner, dann kommen nach ihrer Meinung Erwachsene mittleren Alters kaum in Frage. „Sie haben keine Zeit, sie haben andere Sorgen.“

Alte Leute, besonders alte Frauen, scheinen ihnen besonders gut geeignet zum Geschichten-Erzählen („Omas können gut Geschichten erzählen, so von früher, so mit Bewegungen, sie tun es gerne“, 11jähriges Kind). Hingegen sind die jungen Erwachsenen besonders gut zum Spazieren gehen und zum Spielen geeignet.

4. Sind Kinder in einem seelischen Zustand von Leid, Kummer und Freude, so bevorzugen die 7jährigen die jungen Erwachsenen und die 14jährigen die alten Erwachsenen. Hier ist die Umwelterfahrung der Kinder unterschiedlich. Die 14jährigen sehen erlebnismäßig sehr negative Züge in den jüngeren Erwachsenen. Sie empfinden sie als Rivalen und Konkurrenz und fühlen sich von ihnen nicht hinreichend akzeptiert. Daher wenden sie sich an alte Leute.

### *Der ungerechte Erwachsene*

Ferner wurde mit Hilfe von sogenannten Rosenzweigbildern folgende Frage zu klären versucht: Verhält sich der Erwachsene nach Ansicht der Kinder in gleicher Situation einem Kind gegenüber anders als gegenüber einem Erwachsenen? Darauf ist zu antworten:

1. Der Erwachsene reagiert z. B. bei Beanstandung seiner Ware einem Kind gegenüber in viel höherem Maße mit Feindseligkeit, Vorwürfen, Vorhaltungen, Tadel und Kritik am Kind als in gleicher Situation einem Erwachsenen gegenüber. Hier zeigt er sich viel öfter geneigt, diese vorwurfsvolle und aggressiv-tadelnde Haltung gegen sich selbst zu kehren.

2. Der Erwachsene nimmt sehr viel häufiger einem Kind

gegenüber eine verteidigende Haltung ein als einem Erwachsenen gegenüber, während er bei letzterem öfter auf Lösung des Problems, Beseitigung des Hindernisses, Finden eines Auswegs drängt als beim Kind. Er kann offensichtlich die Beanstandung von seiten des Kindes nur sehr schwer hinnehmen, da er sich durch das Kind kritisiert, in seinem Selbstwert und Autoritätsbereich persönlich angegriffen fühlt.

3. Es hat sich weiter gezeigt, je älter die Kinder, um so stärker nehmen sie das unterschiedliche Verhalten der Erwachsenen einem Kinde und in entsprechender Situation einem anderen Erwachsenen gegenüber wahr.

#### *Der gefährliche und der lächerliche Erwachsene*

In einer letzten Untersuchungsreihe wurde festgestellt, welches Verhalten des Erwachsenen im Kind ganz bestimmte seelische Zustände bewirkt. Die Ergebnisse lauten:

1. Der Erwachsene, der Kinder beschenkt — aus Anerkennung oder Dank — ist bei über 50 Prozent aller Kinder Anlaß zum Erlebnis der Freude. Das gilt besonders für die jüngeren.

2. Bei durchschnittlich fast 50 Prozent aller Kinder löst der Erwachsene, der ihnen gegenüber eine scheltende, strafende, rücksichtslose und unfreundliche Haltung einnimmt, das Erlebnis von Ärger aus.

3. Durchschnittlich 43 Prozent aller befragten Kinder ist der unheimliche und gefährliche Mann, der Kinder lockt und verführen will, eine angstvolle Erscheinung („vor Opa Dix, der will einen ranlocken, der legt das Ding [Griff] vom Spazierstock bei uns rum und zieht uns mit“, 7jähriger).

4. In dem Erleben von durchschnittlich 28 Prozent aller Kinder ist der Erwachsene niemals Gegenstand des Lachens, d. h., fast ein Drittel aller Kinder sieht in dem Erwachsenen keine lächerliche und komische Erscheinung. Bei etwa einem Viertel der 14-jährigen ist der Betrunkene, der geistig-verwirrte Erwachsene, Anlaß zum Lachen, bei einem Viertel sind es die komischen Verhaltensweisen der Erwachsenen, von denen fast ein Drittel der 11-jährigen und fast die Hälfte der 7-jährigen berichten.

**Der Mythos von der Volksmeinung** Die Herder-Korrespondenz hat seit ihrem Bestehen immer wieder auf die große Bedeutung der empirischen Soziologie hingewiesen und viele bedeutende Enqueten und Felduntersuchungen aus dem sozialen wie religiösen Bereich ihren Lesern zur Kenntnis gebracht. Eine solche Aufgeschlossenheit darf jedoch nicht dazu verleiten, die Gefahren zu übersehen, die der modernen Demokratie von einer unwissenschaftlichen, übersteigerten Demoskopie drohen.

#### *„Vox populi vox Dei“?*

Die Meinungsumfragen begannen ihren Siegeszug in den USA, wo Dr. George Gallup im Jahr 1935 das „American Institute of Public Opinion“ gründete. Sein Name ist seitdem zum Begriff geworden, und ähnliche Gründungen, z. T. Tochterunternehmen von Gallup, folgten in allen parlamentarisch-demokratischen Staaten. Die „European Society for Opinion Surveys and Market Research“ und die „World Association for Public Opinion Research“ fassen diese Arbeit organisatorisch zusammen.

In Deutschland war es nach dem Krieg Dr. Elisabeth

Noelle-Neumann, die einst in Missouri studiert hatte und seit 1947 in dem kleinen Bodenseedörfchen Allensbach ihr „Institut für Demoskopie GmbH“ aufbaute, das sie noch heute mit bemerkenswerter Rührigkeit und vielen Dutzenden von Mitarbeitern leitet. Später folgten EMNID KG, Institut für Verbrauchsforschung und Meinungsforschung, Bielefeld, Deutsches Institut für Volksumfragen, Frankfurt, „Intermarket“, Gesellschaft für internationale Markt- und Meinungsforschung mbH, Düsseldorf, und andere Institute und Gremien fachlicher Art, die Meinungsforschung nebenher betreiben.

„Die Neue Zeitung“ schrieb in Würdigung des Allensbacher Instituts am 5. Oktober 1951: „Trotz der im großen und ganzen erfreulichen Entwicklung, die die Meinungsforschung in Deutschland gewonnen hat, wird es aber noch zehn bis zwanzig Jahre dauern, bis sich die Meinungsforscher endgültig durchgesetzt haben und die Früchte ihrer Arbeit ernten können.“ Diese Voraussage ist bereits fünf Jahre später völlig überholt. Was zunächst im wesentlichen Marktforschung war und wirtschaftlichen Dispositionen diente, hat sich seitdem auf alle Sphären ausgedehnt (auch solche, die der Befragungsmanie besser entzogen blieben, man denke an die Kinsey-Reports) und wird mit einer Breitenwirkung ohnegleichen in einer so expansionistischen Art betrieben, daß selbst die ehemaligen Befürworter in steigendem Maße zu Warnern werden. „Gestatten, Gallup von Firma Gallup und Gallup aus dem gelappten Land . . . Glauben Sie, sind die Deutschen bei Tito schon wieder gern gesehen? . . . Sind Sie an einer Ko-Existenz interessiert? . . . Lieben Sie Berlin? . . . Finden Sie es richtig, daß Albert Schweitzer Neger operiert? . . . Wir wüßten gern, wie Sie über die Abrüstung denken. . . . Wohin die Außenpolitik schwenkt — Ob die Witwe von Freißler Pension empfängt — Europa-Idee! — Todesstrafe oder nicht . . .“ So glossiert das lutherische „Sonntagsblatt“ (Nr. 39, 1956) die Themen, deren sich die Demoskopien heute annehmen.

Sie können sich dabei wohl auf die theoretische Untermauerung durch angesehene Wissenschaftler stützen. Ferdinand Tönnies schrieb schon 1922 in seiner „Kritik der öffentlichen Meinung“, die öffentliche Meinung sei „eine Form des sozialen Willens“, die „immer höher steht als die Gesellschaft selbst“, berufen, selbst „die Religion zu ersetzen“.

#### *Zweifache Kritik*

Die erste Gruppe von Einwendungen — die diese Überschätzung der Public Opinion noch gar nicht abzulehnen braucht — zieht es in Zweifel, ob Meinungsumfragen diesen „sozialen Willen“ überhaupt wirklich treffen und wiedergeben. Professor A. Kornhauser von der Wayne University veröffentlichte kurz nach Kriegsende in der „Public Opinion Quarterly“ eine Studie über 155 Umfragen, in der er darlegt, daß 75 % aller Fragen des Gallup-Instituts und 33 % der anderen Institute der USA bereits in der Fragestellung eine ganz bestimmte Tendenz enthielten. Hinzu kommen die Bedenken, ob die jeweils ausgewählte kleine Gruppe von höchstens einigen tausend Befragten wirklich als repräsentativ für die gesamte Volksmeinung gelten darf. Im März 1948 veranstaltete das Gallup-Institut eine solche „Repräsentativ“-umfrage über die künftige Preisentwicklung, einen Monat später das Magazin „Fortune“, die bedeutendste Konkurrenz Gallups, über genau das gleiche Thema. Die beiden Ergeb-

nisse wichen nicht nur voneinander ab, sondern widersprachen einander völlig.

Bekannter ist das völlige Versagen des Gallup-Instituts bei den US-Präsidentchaftswahlen 1948, als ein klarer Vorsprung Deweys prophezeit wurde, während in Wirklichkeit Truman eindeutig das Rennen machte. (Das verhindert nicht, daß eine Zeitschrift wie „Der Spiegel“ am 7. 11. 56 bereits den Parteien ihre Prozentzahlen für den kommenden Bundestag ausrechnet und dieses Wunschbild durch eine geschickte Schautafel unterstreicht.) Gallup erklärte in einer seiner Vorlesungen in der Princeton University: „Es ist geradezu lächerlich, Menschen einen Tag vor der Wahl zu prophezeien, wie sie am nächsten Tag wählen werden. In Anbetracht der großen Nachfrage nach solchen Prophezeiungen sehe ich jedoch keinen Ausweg, wie sie vermieden werden können.“ Die Wiener „Furche“ (18. 12. 49) sprach in diesem Zusammenhang von dem „Geschäftsmann Gallup“, der es verstanden habe, seinem System „einen wissenschaftlichen Mantel umzuhängen, bei dem es keinesfalls schon feststeht, ob er nur das schillernde Gewand eines Scharlatans verhüllt“.

Schon 1940 beschuldigte Professor Ross Stagner von der Universität Illinois in seinem Buch „Sociometry“ Gallup und seinen Kollegen von „Fortune“ der *Beeinflussung* der öffentlichen Meinung. Man braucht nur an das Wort von Le Bon zu denken: „Die Urteile, die die Massen annehmen, sind nur aufgedrängte, niemals geprüfte Urteile“, um zu erkennen, daß mit dieser Beschuldigung die eigentlichen Gefahren der Demoskopie angerührt sind. Urteile, deren repräsentativer Charakter zudem in Frage steht, werden in einer Zeit, die ohnehin Majorität mit Richtigkeit gleichstellt, in der Einkleidung exakter Zahlen einer Bevölkerung vorgesetzt, von der mindestens ein Teil in seiner Urteilsbildung noch unsicher ist. Zudem haben sich sogar verantwortliche Personen und Gruppen in steigendem Maße daran gewöhnt, nicht nur ihre Argumentation, sondern auch ihr Verhalten nach derartigen vermeintlichen „Querschnitten der öffentlichen Meinung“ auszurichten. (Vgl. dazu auch die über dies Thema entstandene Diskussion anlässlich des Kinseyreports; Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 478). Die jüngsten Kritiker der Demokratie haben auf die Gefährlichkeit einer solchen anonym von außen geleiteten Gesellschaft hingewiesen: Winfried Martini („Das Ende aller Sicherheit“), Walter Lippman („Essays in the Public Philosophy“), David Riesman („Die einsame Masse“).

#### *Deutsche Pressestimmen*

Nun hat sich die Demoskopie in Deutschland bisher zweifellos noch wesentlich zurückhaltender benommen und solider gearbeitet. Dennoch: „Unversehens sind die Meinungsinstitute oder, was in der Wirkung dasselbe ist, die von ihnen befragten Menschen immer mächtiger geworden. Neben die Herrschaft der Verbände, von der Theodor Eschenburg gesprochen hat, schiebt sich die Herrschaft der Zweitausend. Mächtige Minister lauschen auf sie, allmonatlich werden ihre Meinungen mit der höchsten Sorgfalt ausgewertet, und immer häufiger wird es, daß sich große Parteien nach ihnen richten... Auch dem wohlwollenden Beobachter ist es oft genug unmöglich, zu entscheiden, wo bei den Politikern der Respekt vor der Staatspolitik aufhört und die Furcht vor den Demoskopien anfängt... Man muß den Mut haben, zu sehen, daß es auch eine Perversion der Demokratie gibt“ (Paul Sethe,

in: „Die Welt“, 19. 1. 57). Der „Rheinische Merkur“ (21. 9. 56) wird unter dem Titel „Dämoskopie“ noch konkreter: „Wer zu häufig testet, wer dauernd in den Spiegel starrt, macht sich selber unsicher und versäumt, die öffentliche Meinung durch zielbewußtes Handeln mitzuprägen und im direkten Gespräch den eigenen Instinkt für die allgemeine Stimmung zu schärfen... ‚Todsichere‘ Vorausagen wirken tödlich; sie entwerten und verfälschen die Wahlentscheidung... Noch schlimmer aber wird es, wenn Popularitätsteste über lebende Politiker veröffentlicht werden. Wer dieses Tabu nicht achtet, schafft einen unheimlichen Sog nach unten, denn er erzeugt eine dämonische Versuchung zu Popularitätshascherei, also zur Preisgabe der höchsten Amtspflicht... Das demoskopische Institut wird zur offiziellen, demokratisch maskierten Privatinstitution, zur sicher funktionierenden Maschine der Meinungsmacherei, die anstehende Probleme durch Scheinprobleme verdeckt und immer neue Begehrlichkeiten weckt, die ein Staat nur um den Preis des totalen ethischen Ausverkaufs befriedigen kann.“ Der Verfasser nennt einige praktische Beispiele: „Wer den ohne Publicity arbeitenden Bundesrat auf seine Popularität testen läßt und dann veröffentlicht, wie wenige Prozent jemals von ihm gehört haben, macht einen wohlgezielten Angriff auf diese Institution... Wer veröffentlichen läßt, daß 13 v. H. der Durchschnittsbürger voreheliche intime Beziehungen für notwendig halten, treibt demoskopische Kollektiefstapelei gegen Moral und Anstand, indem er die Labilen zu weiterem Absinken ermutigt... Wer die Leute vor die Scheinalternative ‚Verteidigung unserer Lebensform oder Atomkrieg‘ stellt, treibt wohldosierten hochverräterischen Defaitismus... Wer, wie dieser Tage geschehen, den ‚Mann auf der Straße‘ darauf testen läßt, ob er binnen drei Jahren mit dem dritten Weltkrieg rechnet, suggeriert gefährliche Panik...“

Die an Zahl und Gewichtigkeit in letzter Zeit immer mehr wachsenden Pressestimmen beschränken sich nicht auf die *politischen* Warnungen. Während der Volkswartbund über die „Irrwege moderner Meinungsforschung“ in der Intimsphäre eine eigene Denkschrift von Georg Schückeler herausgebracht (Köln 1956, vgl. auch Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 475), spricht das „Sonntagsblatt“ (3. 2. 57) von der „falsch verstandenen Soziologie“, der „pseudosozziologischen Modenspielerei“, dem „gesellschaftlichen Fatalismus“. „Aus dem Verhalten bestimmter Gruppen wird falsch gefolgert, daß dieses Verhalten festgelegt sei. Und daß wir und unsere Kinder uns also ebenso zu verhalten haben.“

#### *Verherrlichung des Massenmenschen*

Am weitesten in den Kern der Sache trifft Horst Krüger mit seinen Ausführungen im „Christlichen Sonntag“ (5. 2. 56) und in einem Nachtstudio des Südwestfunks. Er legt die Bedenken dar, die die Demoskopie (soweit sie die Grenzen der Marktanalyse überschreitet und nach geistigen, kulturellen, persönlichen oder gar religiösen Dingen fragt) in ihrem *Wesen* fragwürdig machen:

1. Die Fragen sind unverbindlich, sie brauchen nur beantwortet, aber diese Antwort muß nicht beantwortet werden. „Es liegt somit eine Verkehrung des Fragens selber vor... Die Situation bleibt spielerisch, unernst, beliebig.“
2. Bei den meisten Befragten fehlt die notwendige Kenntnis und Sachkunde. „Ob Herr X oder Frau Y Homer noch für zeitgemäß halten oder nicht, ist belanglos; ihre Mei-

nung ist im Grunde gleich Null. Trotzdem wird sie von den Testern, den Hollerithmaschinen und Statistikern genauso gewertet wie die Stimme eines Sachkundigen.“

3. Am bedenklichsten ist die Tatsache, daß alle Bereiche zur *Meinung* degradiert werden. Es gibt aber zahlreiche und wichtige Fragen, denen in Wirklichkeit keine Meinung, sondern eine Entscheidung, eine Überzeugung zugrunde liegt. „Es gibt eben Fragen, die sich der Beliebigkeit des Meinens entziehen. Werden sie trotzdem erforscht, so entsteht eine Art Kettenreaktion der Mißverständnisse... Das Ergebnis wird darum auch nicht nur belanglos, sondern in sich falsch sein.“

Krüger weist auf den entscheidenden Tatbestand hin: Die Demoskopie fußt auf der Philosophie des Pragmatismus, wonach es nur individuelle, persönliche Anschauungen gebe. Die Meinungsforschung sollte zu einem Höchstmaß individueller Unterscheidung führen. „Das Resultat ist jedoch das Entgegengesetzte: Nicht das Besondere und Individuelle kommt dabei heraus, sondern das Typische, das Durchschnittliche, Allgemeine und eben Kollektive... Wer also wirklich eine eigene Meinung hat, scheidet aus. Der ersehnte Held ist der Durchschnittliche, von der öffentlichen Meinung bereits Vorgeprägte. Dessen Meinung wird erforscht und dann wiederum als die öffentliche Meinung vorgestellt. Vorgang einer doppelten Vermasung...“

Der Leiter der EMNID-Institute, Baron v. Stackelberg, äußerte im vergangenen Jahr („Der Tagesspiegel“, 23. 10. 56): „Die Repräsentativbefragung hat uns ein Instrument geschaffen, mit dem wir die Probleme unseres Massenzeitalters analysieren und damit vielleicht lösen können. Es ist höchste Zeit, daß die Wissenschaft vom Menschen endlich mindestens gleichrangig mit den Wissenschaften rangiert, die zu seiner Zerstörung führen können.“ Das ist die typische Anmaßung eines neuen Fachzweiges, bei dem es noch keineswegs eindeutig ist, inwieweit er überhaupt Wissenschaftscharakter beanspruchen kann. Endlich *die* Wissenschaft vom Menschen?

„Die innere Unabhängigkeit ist in unserem Lande gefährdet genug“, heißt es in der „Welt“. Es ist Zeit, daß wir die Demoskopie in ihre Schranken weisen, die sie bereits überschritten hat.

### Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Papst an  
Christliche Unter-  
nehmer

Der Heilige Vater empfing am 7. März  
Delegierte der italienischen Union  
Christlicher Unternehmer, die zur

Feier ihres zehnjährigen Bestehens einen Kongreß in Rom abhielt. In seiner Ansprache an sie betonte der Papst zunächst die fortdauernde Wichtigkeit des Bestehens solcher Verbände, deren Bedeutung sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Fortschritte und Umwälzungen nur noch steigern. Ihre wichtigste Aufgabe sei, um eine klare Voraussicht der künftigen wirtschaftlichen Welt zu ringen; zu den dringlichsten diesbezüglichen Problemen rechnete der Papst vor allem die Automation, dann speziell für Italien das Landwirtschaftsproblem; daneben bestehen aber auch immer weiter die Probleme der Kapitalbildung, der moralischen, intellektuellen und beruflichen Ausbildung zumal der Jugend, das Verhältnis von Lohn und Preis, die Frage der Arbeitszeit usw. Der Papst ging auf zwei Probleme näher ein: das Problem der persön-

lichen Qualität des Arbeiters, an welcher Stelle er auch stehe — vom einfachen Arbeiter bis zum Direktor —; und das Problem der Beziehungen der Wirtschaft zum Staat.

Zu der ersten Frage muß man vor allem auch die Probleme rechnen, die sich durch die Automation ergeben: sie verlangt gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten von den an der Produktion Beteiligten. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird auftauchen. Hier werden die Unternehmer sich in jedem Fall nach dem Grundsatz richten müssen, „daß die Technik im Dienste der Wirtschaft steht und nicht umgekehrt“. Für Italien zumal, das nach hundert Jahren noch nicht mit den Schwierigkeiten der ersten technischen Revolution, den Problemen des Lohnarbeitertums, fertig geworden ist, gilt es, daraus zu lernen und nicht wieder „der Dynamik der Technik den Primat der Wirtschaft und insbesondere den Primat des objektiven Ziels der Volkswirtschaft, nämlich das Wohl des Volkes, zu opfern. Der Irrtum bestand gerade darin, daß man alles dem mechanischen Ablauf, den man damals für den einzigen Regulator des Marktes hielt, überließ und sich nicht um andere, vorbeugende Maßnahmen, sei es auch auf lange Sicht, kümmerte, die die Produktionskräfte zur Ordnung und zum Nutzen des gesamten Sozialkörpers hätten regeln können.“

Zu dem zweiten Problem sagte der Papst:

„Indem Wir dem Volksganzen als seine eigene, wenn auch aufgeteilte Aufgabe die Ordnung der künftigen Wirtschaft zusprechen, so sind Wir doch weit davon entfernt, zuzugeben, daß diese Aufgabe dem Staat als solchem aufgebürdet werden sollte. Doch wenn Wir den Verlauf einiger — auch katholischer — Kongresse zu Wirtschafts- und Sozialfragen betrachten, so kann man eine immer zunehmende Tendenz feststellen, das Eingreifen des Staates anzurufen, so daß man manchmal fast den Eindruck hat, daß das der einzige Ausweg ist, den man sich vorstellen kann. Nun hat nach der Soziallehre der Kirche der Staat zweifellos seine eigene Aufgabe in der Ordnung des sozialen Zusammenlebens. Ja um diese Aufgabe zu erfüllen, muß er stark sein und Autorität besitzen. Aber diejenigen, die ihn ständig anrufen und ihre Verantwortung auf ihn abladen, führen ihn zum Ruin und machen ihn auch zum Spielball mächtiger Interessengruppen. Die Folge davon ist, daß so jede persönliche Verantwortung in den öffentlichen Angelegenheiten aufhört und daß, wenn jemand von den Pflichten und dem Versagen des Staates spricht, er die Pflichten und das Versagen anonymer Gruppen meint, zu denen er selber sich natürlich nicht rechnet.“

Demgegenüber muß jeder Bürger sich dessen bewußt sein, daß der Staat, dessen Eingreifen er wünscht, konkret und in letzter Analyse immer die Gesamtheit der Bürger selber ist und daß deshalb niemand von ihm Verpflichtungen und Lasten erwarten kann, zu deren Erfüllung er selber beizutragen nicht bereit ist, sei es auch nur im Bewußtsein der Verantwortung im Gebrauch der ihm vom Gesetz verliehenen Rechte.

In Wirklichkeit hängen die Fragen der Wirtschaft und der Sozialreformen nur sehr äußerlich vom guten Funktionieren dieser oder jener Einrichtung ab, vorausgesetzt daß diese nicht im Gegensatz zum Naturrecht stehen; vielmehr hängen sie notwendig und aufs engste von der persönlichen Qualität des Menschen, seiner moralischen Kraft und seiner Bereitschaft ab, Verantwortung zu

übernehmen und mit hinreichender Vorbildung und Erfahrung die Dinge zu behandeln, die er unternimmt oder zu denen er verpflichtet ist. Kein Rückgriff auf den Staat kann solche Menschen schaffen. Sie müssen aus dem Volk hervorgehen, und zwar so, daß sie verhindern, daß die Wahlurne, zu der auch Verantwortungslosigkeit, Un- erfahrenheit und Leidenschaft Zutritt haben, ein Ergebnis zeitigt, das jeden echten und ursprünglichen Staat zu- grunde richtet.

Doch warum, geliebte Unternehmer und Direktoren, sagen Wir Ihnen das alles? Weil Wir überzeugt sind, daß gerade Ihre Position im Leben Ihnen täglich vor Augen hält, daß das, was am meisten zählt, der Mensch persön- lich ist; keine Geschäftsordnung, keine berufliche oder ge- setzliche Einrichtung, keine weitgespannte Organisation mit Funktionären und Versammlungen kann den persön- lichen Wert des Menschen schaffen oder ersetzen.“

Als die wahre Politik des Unternehmers nennt der Papst daher zum Schluß die Sorge um die Gesundheit der Fa- milie, die Gründlichkeit der Ausbildung und Erziehung, die Hebung der Volksbildung, die Heranziehung der Arbeiter zu persönlicher Verantwortung, die gerechte Lohnverteilung und ähnliches.

**Ergänzende Anord- nungen zur Feier der Karwoche**

Auf Grund der praktischen Erfah- rungen mit der Feier der Karwoche und Ostervigil gemäß der durch das Dekret der Ritenkongregation vom 16. November 1955 (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 187) be- fohlenen Neuordnung hatte dieselbe Kongregation am 15. März 1956 Ausführungsbestimmungen erlassen (vgl. Acta Apostolicæ Sedis Bd. 48 Nr. 3 vom 24. März 1956), die durch einen Erlaß vom 1. Februar 1957 (Acta Apostolicæ Sedis Bd. 49 Nr. 2 vom 23. Februar 1957) neuerdings publiziert und ergänzt worden sind. In dem neuen Dekret sind also die Ausführungsbestim- mungen vollständig enthalten. Sie besagen:

1. Alle Gottesdienste der Kar- und Osterfeier dürfen in allen Kirchen und wenigstens halb-öffentlichen Oratorien in feierlicher oder in einfacher Form gehalten werden. Unbedingte Voraussetzung ist jedoch eine genügende An- zahl von Ministranten, und zwar müssen es wenigstens drei am Palmsonntag und am Gründonnerstag, wenig- stens vier am Karfreitag und bei der Ostervigil sein. Wenn außer dem Zelebranten ein weiterer Priester oder Diakon anwesend ist, kann er im Gewand eines Diakons die diesem vorbehaltenen Funktionen ausüben und Lek- tionen verkündigen.

2. Die Palmweihe und Palmprozession darf, aber nur in Verbindung mit der Messe, aus seelsorglichen Gründen auf den Abend verlegt werden. Jedoch darf sie nicht zweimal stattfinden, und es bedarf zur Verlegung der Er- laubnis des Ordinarius. Zum Zweck einer Prozession kann die Palmweihe auch in einer anderen Kirche oder im Freien stattfinden.

3. Am Gründonnerstag ist die zulässige Zeit für die Messe in Cœna Domini auf die Stunden von 16 bis 21 Uhr ausgedehnt worden. Der Ordinarius kann gestatten, daß während dieser Stunden aus seelsorglichen Gründen zwei weitere stille Messen gefeiert werden. Während der Gründonnerstagsmesse soll nach dem Evangelium eine Ansprache gehalten werden. Die Kommunion darf nur während der Messen gespendet werden. Das Allerheiligste

darf nur unter der Bedingung aufbewahrt werden, daß am Karfreitag Gottesdienst stattfindet.

4. Die Karfreitagsgottesdienste dürfen, wo seelsorgliche Gründe das erfordern, zwischen 12 und 21 Uhr statt- finden. Die Kommunion darf nur während des Gottes- dienstes gespendet werden. Die Kreuzverehrung darf bei zu großem Andrang der Gläubigen kollektiv voll- zogen werden. Am Karfreitag ist ebenso wie am Grün- donnerstag und bei der Ostervigil Bination möglich, wenn ein Priester mehrere Pfarreien betreut.

5. Der Ordinarius kann gestatten, jedoch nur im Einzel- fall, daß die Feier der Ostervigil aus wichtigen Gründen vorverlegt wird. Sie darf aber auf keinen Fall vor Ein- bruch der Dämmerung begonnen werden. Norm bleibt die mitternächtliche Feier. Die Osternachtfeier darf ge- halten werden auch dort, wo die Feiern der Kartage nicht gehalten wurden, und umgekehrt.

**Agrarreform und Parteipolitik in Italien**

Um es vorwegzunehmen: Die Sanie- rung des Bauernstandes und der land- wirtschaftlichen Produktion in Italien

hat zwei getrennte Aspekte: der eine ist der, den man die Agrarreform im engeren Sinne nennt: die Verteilung des Bodens, die Erschließung großer Gebiete zumal im Süden durch Straßen, ihre Ausrüstung mit dem landwirtschaft- lichen Zubehör, angefangen von Kaninchen, Hühnern, Saatgut bis zu Traktoren und anderen landwirtschaft- lichen Maschinen, die Erstellung von Bauernhäusern und gelegentlich selbst von Dörfern mit allem, was dazu gehört. Der andere ist der der Gesetzgebung über die so- genannten „patti agrari“, die Pachtverträge, die die un- selbständigen Bauern der ganzen Halbinsel in mehr oder weniger entscheidender Form angeht. Beide Maßnahmen sind leider stark mit der Parteipolitik und damit auch mit weltanschaulichen Momenten verquickt. Die Debatte um die neue Gesetzgebung über die Pachtverträge hat kürz- lich fast die Regierung Segni zum Sturz gebracht. Segni verkörpert persönlich vor allem die mittlere und linke Gruppe der Christlichen Demokratie und hat bisher mit dieser und den übrigen Mittelgruppen, den Republikan- ern, Liberalen und Sozialdemokraten, zusammen regiert. Die Republikaner sind bei dieser Gelegenheit aus der Re- gierungskoalition ausgeschieden, und obwohl Segni da- nach bei einem Vertrauensvotum noch eine knappe Mehr- heit erhielt, steht doch die Festigkeit der Regierungs- gruppe weiterhin auf äußerst unsicheren Füßen, vor allem durch die gänzlich unentschiedene Lage der Beziehungen der Linksparteien zueinander: werden sich die Sozial- demokraten mit den Linksozialisten einigen, wie diese es auf ihrem Parteikongreß in Venedig einstimmig beschlos- sen haben? Werden die Linksozialisten im geheimen weiter mit den Kommunisten auf die eine oder andere Weise verbunden bleiben? Werden sich die vereinigten Sozialisten, wenn es dazu kommt, als eine wirklich demo- kratische Partei erhalten können (woran der Führer der Sozialdemokraten, Saragat, offenbar zweifelt)? Man hatte gehofft, nach dem mit größter Spannung erwarteten Parteitag der Sozialisten (PSI = Partito Socialista Ita- liano) in Venedig vom 5. bis 10. Februar werde man klarer sehen, und die wichtigsten Diskussionen über die So- zialgesetzgebung, insbesondere über die Pachtverträge, wurden im Hinblick auf diesen Parteitag immer wieder hinausgeschoben. Aber eine Klärung hat der Parteitag der

Sozialisten keineswegs gebracht, alle ihre Positionen sind unklar geblieben, und ihr Führer Nenni hätte um ein Haar seine Stellung an der Spitze der Partei verloren. Die Gesetzgebung über die Pachtverträge gehört bei alledem zu den Zankäpfeln, ja man muß sogar leider sagen, zu den Propagandaschlagworten, und das bedeutet, daß das Interesse der unselbständigen Landarbeiter und Bauern und das nationale Interesse an der landwirtschaftlichen Produktion dabei nicht die einzigen Gesichtspunkte sind.

### *Das Problem der Pachtverträge*

Ungefähr ein Drittel aller italienischen Bauern auf mehr als einem Drittel des landwirtschaftlichen Bodens Italiens leben entweder als kleine Pächter oder in sogenannter „Mezzadria“, Halbpacht, das heißt, sie pachten Boden und Unterkunft (die oft äußerst primitiv ist) und haben dafür von dem Ertragnis einen bestimmten Prozentsatz an den Landeigentümer abzuliefern. Dieses Verhältnis läßt sie in manchen Gegenden Norditaliens zu einem gewissen Wohlstand gelangen, ist aber in den rückständigeren Gebieten des Landes äußerst hart (wenn etwa übergroße Erträge aus dürrer Boden gewonnen und dem Besitzer abgeliefert werden müssen). Die schwerste Belastung der Existenz dieser bäuerlichen Bevölkerung besteht aber darin, daß sie keinerlei Sicherheit bietet. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses konnte bis zu dem gegenwärtigen, vorübergehenden allgemeinen Kündigungsstopp ohne Begründung erfolgen; man nahm den Landarbeiter mit seiner oft zahlreichen Familie häufig nur für die Arbeitsdauer einer Saison auf; das Bild arbeitssuchender wandernder Landarbeiterfamilien war in gewissen Gegenden Italiens im Frühjahr nur zu vertraut. Die bäuerliche Bevölkerung war zudem durch keinerlei Sozialversicherungen geschützt (wir haben im vergangenen Jahr, vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 402, die Bemühungen des großen christlichen Bauernbundes der „coltivatori diretti“ um die Beteiligung an den Sozialversicherungen erwähnt). Die Folge der völlig ungesicherten Existenz auf dem Lande ist in manchen Gegenden Italiens bereits eine verhängnisvolle Preisgabe des Landes und Abwanderung in die Städte. F. Gordian gibt als Ergebnis von in der Toskana durchgeführten Ermittlungen (in der „Stuttgarter Zeitung“, 23. 2. 57) an, allein in der Provinz Florenz stünden bereits über 3000 Halbpacht-Bauernhöfe leer. Der entscheidende Punkt für den Schutz der unselbständigen Landbevölkerung Italiens ist daher die Gesetzgebung über einen Kündigungsschutz der Pachtverträge. Die Gesetzesvorlage, um die gegenwärtig gekämpft wird, soll festlegen, daß nur mehr auf Grund „gerechtfertigter Motive“ gekündigt werden dürfe, die genau umschrieben werden müssen. Aber nun ist dieses Problem der „giusta causa“, des gerechtfertigten Kündigungsgrundes bei Halbpacht, ins Getriebe der Parteipolitik geraten. Die konservativen Elemente in der christlich-demokratischen Partei hatten das Prinzip der „giusta causa“ im ersten Gesetzentwurf Segnis von 1950 bereits sehr aufgeweicht. Andere Projekte wurden von sozialistisch-kommunistischer und liberaler Seite eingebracht. Zuletzt 1956 wiederum eines von christlich-demokratischer Seite, das gegenwärtig diskutiert wird. Segni, dem die Reform der „patti agrari“ persönlich am Herzen liegt, hält es doch für die Aufgabe seiner Regierung, zwischen rechts und links zu vermitteln, zumal auch zwischen rechts und links in der eigenen Mittelpartei der Democrazia Cri-

stiana selber. Ein Zusammenbrechen der Regierung der Mitte, die auf der Democrazia Cristiana ruht, würde jedenfalls gerade in diesem Augenblick, wo die Umgruppierung der Tendenzen der Linken in vollem Gang ist und die wahren Gedanken Nennis, die wahren Ziele der Sozialistischen Partei so undurchsichtig sind, eine verhängnisvolle Verwirrung für das Land und zweifellos auch insbesondere für die bäuerliche Bevölkerung heraufführen, deren Existenz in voller Umwandlung begriffen ist und denen am besten gedient ist, wenn diese sich ruhig und kontinuierlich vollziehen kann.

### *Die Agrarreform*

Die von der Regierung De Gasperi eingeleitete und unter der Regierung Segni fortgeführte Agrarreform scheint, soweit man das heute beurteilen kann, eines der gewaltigsten zivilisatorischen Werke auf nicht-totalitärer Grundlage zu werden, die unsere Zeit kennt. Auch sie ist Angriffen von rechts und von links ausgesetzt — von rechts, weil die bisherigen Großgrundbesitzer, deren Land enteignet und neu verteilt wird, sich auf jeden begangenen Fehler, jedes Mißlingen, wie es bei einem solchen riesigen Unternehmen niemals ausbleibt, stürzen, um das Ganze damit zu widerlegen. Ganz genauso verfahren die Kommunisten, denen die Agrarreform dadurch die Stimmen abgräbt, daß sie sich bemüht, aus dem Landproletariat einen bäuerlichen kleinen Mittelstand zu schaffen. Es ist selbstverständlich, daß man ein so umfassendes Werk erst endgültig beurteilen können, wenn einige Jahrzehnte darüber hinweggegangen sind. Aber nachdem die erste Periode der Durchführung, die auf sechs Jahre vorgesehen war, Ende 1956 abgeschlossen worden ist, ist doch schon ein vorläufiges Urteil möglich. Es liegt darüber eine sehr exakte Studie von Mario Bandini vor, die die verschiedenen Angriffe auf die Agrarreform mit ausführlichem Zahlenmaterial widerlegt (M. Bandini, *L'offensiva contra la Riforma*. Ed. Agricole, Bologna 1956). Nach dieser hat die ausgezeichnete und zuverlässige Zeitschrift „*Aggiornamenti Sociali*“, die von einer Gruppe volkswirtschaftlich und soziologisch geschulter Jesuiten in Mailand herausgegeben wird, im Januar dieses Jahres einen Bericht gegeben: „*La Riforma Agraria. Risultati, obiezioni, rilievi*“. Diesem Bericht entnehmen wir in der Hauptsache unsere Angaben. Die höchst positiven Schilderungen, wie sie im Laufe des letzten Jahres fast in allen größeren deutschen Zeitungen erschienen sind, und deren Schreiber von den Ergebnissen der Reform in Süditalien sehr beeindruckt sind, könnten sich leicht zu sehr an den äußeren Eindruck eines neu erwachten Lebens, eines neuen Aufblühens halten und sich täuschen lassen. Hier dagegen handelt es sich um faßbare Ergebnisse, die kritisch gesichtet und keineswegs blind akzeptiert worden sind. Allerdings erklärt der Bericht sofort in den ersten Zeilen, daß die Gruppe der Zeitschrift „*Aggiornamenti Sociali*“ von Anfang an zu den überzeugtesten Verteidigern der Agrarreform gehört hat, und zwar auf Grund ihrer glühenden Sorge um soziale Gerechtigkeit und eine allmähliche Hebung der ländlichen Bevölkerung, die ihr Grundanliegen ist.

### *Die Neuaufteilung des Bodens*

Die wichtigsten Einwände oder Vorwürfe, die der italienischen Agrarreform und den mit ihrer Durchführung betrauten Organisationen von ihren Gegnern gemacht

werden, sind vier: 1. die Zerstückelung rentabler landwirtschaftlicher Güter; 2. die Schaffung von wirtschaftlich unrentablen bäuerlichen Landwirtschaften; 3. die übermäßigen Kosten der Reform und 4. die kümmerlichen volkswirtschaftlichen Ergebnisse, die die Reform gezeitigt habe.

Die Agrarreform in Italien wird im ganzen eine Bodenfläche von 800 000 ha betreffen, die hauptsächlich in Süditalien und auf den Inseln (Sardinien und Sizilien) liegen; im Norden liegt nur eine einzige der betroffenen Flächen, nämlich rund 47 500 ha im Po-Delta; zu Mittelitalien kann man einen Teil der Maremma (der Küstengebiete der Toskana und Kampaniens) mit 178 800 ha rechnen. Alles andere gehört zum Süden (Fucino, Apulien, Lukanien, La Sila, Sardinien und Sizilien). Die Enteignung und Neuzuteilung ist in jedem dieser Gebiete einer besonderen Organisation anvertraut, wird aber vom Staat finanziert. Fast der gesamte Boden dieser 800 000 ha ist unausgenutzter Boden oder Boden, der überhaupt erst erschlossen werden muß (durch Straßen, Bewässerung usw.). Der Vorwurf, daß wirtschaftlich rentable Güter aufgeteilt würden, kann höchstens für 1% des gesamten von der Reform betroffenen Bodens anerkannt werden, und dann handelt es sich nicht um Willkür, sondern um verwaltungstechnisch notwendige Abmessungen bestimmter Gebiete der Reform (wovon die Hälfte im Po-Delta liegt, in dem die Agrarreform überhaupt, wegen seiner Zugehörigkeit zu Norditalien, andere Bedingungen vorfindet als in den übrigen Gebieten). Diesen ganz geringen Prozentsatz von Enteignungen wohlgenutzten Bodens gegen die Reform als ganzes auszuspielen, nennt P. Toldo, der Verfasser des Berichts in „Aggiornamenti Sociali“, mit Recht „weder ernstzunehmend noch anständig“.

Eine andere und viel wichtigere Frage ist es natürlich, ob die kleinen bäuerlichen Wirtschaften, die durch die Reform neu geschaffen werden, lebensfähig sein werden. Hier ist zunächst einmal zu bedenken, daß die wirtschaftliche Lebensfähigkeit sich oft nicht sofort zeigen kann, sondern einer Anzahl von Jahren zu ihrer vollen Entfaltung bedarf (insbesondere in den Gegenden, wo es sich hauptsächlich um Baumkulturen oder um Aufzucht von Vieh handelt oder wo die Bewässerung erst durchgeführt werden muß). Gerade in der Schaffung von neuen Landwirtschaften hat aber die italienische Agrarreform zumal in Süditalien ihre augenfälligste Leistung vollbracht, eben das, was auch die Reiseberichte immer wieder hervorheben: neue Ländereien, neue Häuser, wo vorher nichts war. Diese neuerschlossenen Anbauflächen bedecken weite Strecken der Maremma, Süditaliens, Sardinien. In der Toskana und im Po-Delta handelt es sich mehr um die Teilung zu großen Halbpacht-Wirtschaften in Ländereien von 15 bis 25 ha, die von den Bauernfamilien, die sie bearbeiten, auch wirklich bewältigt werden können. In Süd- und Mittelitalien hat man vor allem oft auch zerstückeltes Land zusammengelegt, die Bauern in der Nähe oder auf ihren Feldern angesiedelt und sie angelernt, den Boden mehr intensiv als extensiv zu bebauen. M. Bandini hat in seiner oben erwähnten Studie berechnet, daß von den 800 000 von der Agrarreform betroffenen Hektaren schließlich 588 958 ha (73,6%) in selbständige Bauerngüter umgewandelt werden, die aus sich bestehen und sich rentieren können. Weitere 147 850 ha (18,4%) werden nicht-autonomes Eigentum werden

(und ein kleiner Rest hat bis jetzt noch keine genaue Bestimmung). Die nicht-autonomen Wirtschaften befinden sich übrigens zu einem großen Teil in Sizilien, das sehr eigene Verhältnisse hat, auf die wir hier nicht eingehen können. (Sizilien hat ja bekanntlich einen autonomen Status innerhalb Italiens, eigene Gesetzgebung und eigene Verwaltung und bildet daher einen Sonderfall. Doch auch hier hat die Reform, nach der Ansicht P. Toldos, eine erhebliche Besserung der äußerst harten Existenz der ländlichen Bevölkerung gebracht.)

Daß die Agrarreform auch unselbständige Bauernwirtschaften geschaffen hat, wird ihr von ihren Gegnern natürlich ganz besonders zum Vorwurf gemacht. Die Gegner von rechts behaupten, die Agrarreform habe hier dem Druck von links nachgegeben, der „Land für jeden“ gefordert und sonst mit Revolten gedroht habe. Hierauf antwortet M. Bandini, eine andere Lösung sei gar nicht möglich gewesen, wenn man nicht einen guten Teil der Bevölkerung „zum Auswandern hätte zwingen oder ausrotten“ wollen. Auch die unselbständigen Bauern dieser zu kleinen Ländereien haben immerhin: 1. Sicherheit gewonnen, da man sie von ihrem Land nicht mehr vertreiben kann; 2. sind ihnen Straßen und technische Hilfsmittel geboten worden; 3. ist der Zins für das zugeteilte Land geringer, als es der für die Pacht vorher war, usw. Die Möglichkeit zu Kooperativen ist dabei vielleicht das wichtigste Moment.

Auf den Vorwurf der Kostspieligkeit, den P. Toldo genau analysiert, brauchen wir hier nicht im einzelnen einzugehen. Das Endergebnis ist jedenfalls, daß die Kosten der Agrarreform nicht anormal hoch sind, dafür aber Werte von dauerndem Bestand schaffen. Und was das Entscheidende ist: Nach den vorliegenden Untersuchungen (deren wichtigste, aber keineswegs einzige die von Bandini ist) erweist sich die Landreform schon heute als in hohem Maße rentabel. Nicht nur die bebaute Fläche hat zugenommen, sondern auch der Ertrag pro ha ist gestiegen, in manchen Gegenden in einem ganz erstaunlichen Maße. Um nur ein Beispiel zu nennen: in der Maremma hat sich der Getreideertrag, wo die Agrarreform vollständig durchgeführt ist, ungefähr verdreifacht, die Einnahmen aus Groß- und Kleinviehwirtschaft sind von 2000 Millionen Lire auf 6500 Millionen gestiegen. Die Regierung rechnet damit, daß nach Abschluß der gesamten Agrarreform Italien sich einer gewaltigen Produktionssteigerung erfreuen wird, um 12 Milliarden Lire in der Maremma, 16 Milliarden in Apulien und Lukanien usw.; dazu kommt noch der schon jetzt deutlich spürbare Rückgang der Arbeitslosigkeit in den von der Reform erfaßten Gebieten (der allerdings, so muß man sagen, vielleicht nicht beständig ist, da er z. T. auf einmaligen Arbeiten wie Straßenbau usw. beruht) und schließlich auch der seelische Faktor, das Erwachen eines seit Jahrhunderten versiegenden Lebensmuts.

#### *Der menschliche Faktor*

Hier, im seelischen Bereich, liegt allerdings auch der unsicherste Faktor für das Gelingen der ganzen großen Erneuerung. Es genügt nicht, das kleine Grundeigentum auf die Füße zu stellen, auch die Menschen müssen „auf die Füße gestellt“ werden. P. Imberciadori betont in einem Artikel „Il dramma della piccola proprietà contadina“ in der sehr aufgeschlossenen kleinen katholischen Halbmonatsschrift „Adesso“ (1. 7. 56), daß die italienische

Bauernschaft durch eine umfassende Erziehung umgeformt werden müsse, wenn das kleine bäuerliche Eigentum nicht zugrunde gehen solle. Erzieher und Techniker bei den Bauern einzusetzen sei eine Hauptaufgabe einsichtiger weitschauender Sozialpolitik, und das gilt natürlich für den italienischen Bauernstand überhaupt, nicht nur für den durch die Agrarreform verselbständigten, es gilt insbesondere für die Bauern der Hügelländer und der Gebirge, die oft völlig sich selbst überlassen leben. Hügelländer und Bergland leiden daher auch am schwersten unter der Landflucht.

Auch der „Corriere della Sera“, der eine sehr interessante Artikelserie von Luigi Barzini jr.: „La nostra sorte è nel Meridione“ (Unser Schicksal liegt im Süden) veröffentlicht hat, kommt zu dem Schluß, daß, jedenfalls was den italienischen Süden betrifft, weder die Agrarreform und die Investitionen der „Cassa del Mezzogiorno“ (des für die Reform Süditaliens geschaffenen staatlichen Finanzinstituts) noch die Schaffung neuer Industrien oder die Niederlassungen norditalienischer Großunternehmen genügen, sondern daß das Problem des Südens vor allem ein menschliches und ein soziales Problem ist. Der intelligente Beobachter der neuen Verhältnisse in Süditalien nennt (28. 10. 56) ebenfalls (und als bekannter Mitarbeiter des liberalen „Corriere della Sera“ gewiß nicht kritiklos) die Bilanz der Agrarreform im ganzen, trotz Irrtümern und Mängeln, positiv, zumal infolge der moralischen Revolution, die sie bewirkt hat. Dazu gehört auch, daß die bisherigen Grundbesitzer (denen, wenn sie bereit sind, ihr Land selber zu bewirtschaften, ein gewisser Grundbesitz bleibt) sich ihrer sozialen Pflicht und Verantwortung bewußt geworden sind. Wir haben schon früher öfter erwähnt, wie wenig entwickelt das soziale Gewissen in den besitzenden Klassen Italiens ist. Die Agrarreform hat hier bei manchen eine Schockwirkung gehabt: es ist in ihnen ein Bedürfnis erwacht, sich nützlich zu fühlen. Diejenigen hingegen, denen Land zugeteilt worden ist, sind wirklich neue Menschen geworden, zähe Arbeiter mit sauberen Häusern, blitzblanken Kochtöpfen, gesunden Kindern. Aber es bleibt natürlich noch abzuwarten, ob all das anhält angesichts der großen Schwierigkeiten, die das Land bietet und die sich nicht ändern lassen: Mangel an Absatzgebieten, Gegenden mit viel zuwenig Regen — und dazu nun für viele auch das ungeordnete einsame Leben auf Bauernhöfen anstelle des geselligen in den großen engebauten Dörfern wie bisher.

#### *Rückgang des Kommunismus in Süditalien*

Es läßt sich natürlich schwer sagen, inwieweit der Rückgang der kommunistischen Partei in Süditalien durch die Agrarreform und die wirtschaftliche Stärkung Süditaliens mit hervorgerufen worden ist, dieser Rückgang, der ja, wie wir im vorigen Heft (S. 254) berichteten, in ganz Italien eine sehr greifbare Tatsache geworden ist, zumal seit den Vorgängen in Ungarn. Es fällt immerhin auf, daß Gegenden und Städte in Süditalien, die von der Reform oder den Fortschritten der Industrialisierung besonders profitieren (zu letzteren muß man vor allem Salerno rechnen), zugleich auch einen besonders aufsehenerregenden Rückgang der KPI zu verzeichnen haben. In Salerno z. B. gehört kein Intellektueller mehr der KPI an — es ist die einzige italienische Provinz, von der man das sagen kann. Im ganzen haben im Salernitanischen 14000 Mitglieder ihre Mitgliedskarte nicht erneuert. In

Nocera, einem stark industrialisierten Gebiet, sind die eingeschriebenen Mitglieder der KPI seit vorigem Jahr von 2000 auf 427 zusammengeschmolzen. Die Rückgänge in anderen kleinen Städten der Provinz gehen bis zu 70, ja 79%. In der Provinz Neapel betrugen die Einschreibungen im vergangenen Jahr 58730, heute dagegen 27603, also weniger als die Hälfte. Viele davon sind zu einer Mittelpartei übergetreten. Vorläufig ist es nicht angängig, mehr zu tun, als dies zur Kenntnis zu nehmen: Was es für den weiteren Weg Italiens in politischer, sozialer und religiöser Beziehung wirklich bedeutet, wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen, zum Teil bei den nächsten Parlamentswahlen, zum Teil aber sicher auch erst in einer weiteren Zukunft.

**Die heilige Messe in der Seelsorge** Zum dritten Mal haben die französischen Bischöfe ihrem Klerus und den Gläubigen ein Direktorium für einen Bereich der Seelsorge und des christlichen Lebens übergeben. Dieses Mal ist es ein „Directoire pour la Pastorale de la Messe“ (Bonne Presse und Fleuris, Paris 1956, 119 S., 330 frs.). Das Direktorium ist von der Kommission der Bischöfe für Pastoral und Liturgie unter Leitung des Erzbischofs von Rouen, Msgr. Martin, ausgearbeitet und von der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe approbiert worden. Es folgt dem 1951 erschienenen Direktorium für die Pastoral der Sakramente (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 320) und dem Direktorium für die soziale Pastoral, das 1954 erschien (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 235).

Die liturgische Bewegung hat sich in Frankreich, wie in allen romanischen Ländern, verhältnismäßig spät, dann aber zuweilen unorganisch und im ganzen recht ungleichmäßig entwickelt. Oft wurden liturgische Reformen der Meißfeier „ohne Diskretion und ohne Vorbereitung“ eingeführt und darum nicht immer dem Geist der Liturgie noch auch den seelsorglichen Belangen entsprechend. Deshalb erschien es wünschenswert und notwendig, für die Feier der heiligen Messe und für den Unterricht über sie gemeinsame Regeln zu erarbeiten, die zwar keine Gesetzeskraft haben, es sei denn, daß Bischöfe für ihre Diözese ihnen eine solche verleihen, die aber „den seelsorglichen Bemühungen Richtung geben und Irrtümer korrigieren“ sollen. Ihre Wichtigkeit ergibt sich daraus, daß die heilige Messe der Mittelpunkt der Seelsorge ist, weil in ihr der erhabenste und fruchtbarste Akt christlicher Gemeinschaft vollzogen wird. Das Direktorium will sowohl dem Klerus als Memorandum für die Katechese und den liturgischen Vollzug wie auch den Gläubigen als spezieller Katechismus dienen. Übersichtlich und überlegt stellt es alle Gesichtspunkte für die Reform der gottesdienstlichen Feier zusammen und kann daher auch außerhalb Frankreichs gute Dienste leisten, zumal seine Weisungen mit den unsrigen fast in allem übereinstimmen und auf eine weltweite, wahrhaft katholische Vereinheitlichung bedacht sind.

Der einleitende Teil rekapituliert in 21 kurzen Thesen die wichtigsten dogmatischen Wahrheiten, auf die es bei der Verkündigung und im Unterricht über die heilige Messe ankommt. Im ersten Hauptteil (These 22—41) werden Richtlinien geboten, wie der Unterricht über die Messe zweckmäßig zu erteilen ist. Es wäre ein Irrtum, so heißt es da, würde man glauben, eine Katechese über die Messe

sei nur deshalb notwendig, weil ihre archaischen Riten sonst nicht verstanden werden können. Es wäre deshalb auch ein Irrtum in der Praxis, auf die Erklärung ihrer Geschichte das Hauptgewicht zu legen oder sich womöglich darin zu verlieren. Die heilige Messe enthält in einzigartiger Weise die göttliche Wirklichkeit und ist darum ein beständiger Gegenstand der Verkündigung. Zudem muß unser Gottesdienst ein bewußter und geistiger sein; er darf auch von den einzelnen Gläubigen nicht in infantiler Unwissenheit vollbracht werden. Der Unterricht muß organisch sein. Er darf sich nicht in einer Erklärung des Nacheinanders der Zeremonien erschöpfen. Er muß auch pädagogisch richtig vorgehen. Dazu gehört, daß man ihn nicht auf einmal und in ermüdend ausgedehnten Fortsetzungen von Predigten oder Lektionen erteilt. Neben dem Archäologismus und dem Atomismus soll auch der Allegorismus vermieden werden. Eine wichtige Form dieser Katechese ist der würdige Vollzug der Feier selbst. Jedoch darf diese Feier nie in eine Unterrichtslektion verwandelt werden.

Der zweite Hauptteil (These 42—161) handelt von der Meßfeier und ihren Elementen: Altar, Zelebrant, Wortverkündigung, Altardiener und Schola, Gemeinde, Beteiligung der Gläubigen, Gesang. Bedeutung und Behandlung des Hochaltars werden eingeschärft. Die Zelebration gegen das Volk hin wird, die bischöfliche Erlaubnis vorausgesetzt, als legitim, jedoch nur mit Diskretion durchführbar bezeichnet. Der Zelebrant hat gemäß *Mediator Dei* das Opfer zu vollbringen. Deshalb muß der Primat seiner Funktion gewahrt werden. Dazu gehört, daß er allein die ihm zustehenden Gebete spricht: Kollekten, Präfation, Vaterunser, Postcommunio. Sie sollen weder gleichzeitig verlesen oder gemeinschaftlich gesprochen noch durch Orgel oder Gesang überdeckt werden. Dagegen kann es empfehlenswert sein, vor ihrem Beginn durch eine kurze Admonitio auf sie oder ihren konkreten Inhalt hinzuweisen. Die Verkündigung des Wortes Gottes ist ein integrierender Bestandteil der Meßfeier; sie ist nicht nur Vormesse. Die Texte sind für die Gläubigen bestimmt, und zwar nicht nur so, daß sie jeder für sich still im Meßbuch mitliest, sondern in der Weise, daß sie gemeinsam gehört werden. Das gilt besonders für Epistel und Evangelium, die deshalb möglichst in jeder Messe vom Zelebranten oder einem andern Priester in der Muttersprache verkündigt werden sollen, jedoch erst, nachdem der Zelebrant sie lateinisch gelesen hat. Die übrigen Lehr- bzw. Gesangstexte mögen von einem Lektor gesprochen werden, der aber seinen Platz nicht im Presbyterium haben sollte, wenn er nicht Kleriker ist. Die Funktionen müssen möglichst sichtbar auseinandergehalten werden. Deswegen sollten auch Admonitionen, wenn sie zu verschiedenen Teilen der Messe gegeben werden, von einem Priester gegeben werden. Bei diesen Admonitionen ist aber äußerste Kürze geboten, damit sie das Gebet nicht zu unterbrechen scheinen. Bei den Ministranten ist leere Theatralik ebenso zu vermeiden wie jede Form von nachlässigem Dienst. Sie müssen Liturgen sein. Alle im Gottesdienst einer Pfarrgemeinde Tätigen sollten eine liturgische Pfarrgruppe bilden, die ein wichtiges Organ der Katholischen Aktion sein könnte und sein müßte.

Auf die Bildung der gottesdienstlichen Gemeinde ist höchster Wert zu legen. Unter diesem Gesichtspunkt verdient besonders die Praxis der Sonntagsgottesdienste eine

Überprüfung. Bemerkenswert ist der kurze Hinweis, daß die Gläubigen, wenn sie zum Gemeindegottesdienst kommen, eigentlich durch den Klerus oder wenigstens durch Repräsentanten der Gemeinde aus dem Laienstande empfangen werden sollten; das entspräche dem Gastmahl im Hause des Herrn. Das Gastmahl gipfelt in der Kommunion, die aber weder durch nebensächliche Behandlung im Rahmen des Gottesdienstes noch durch übertriebene Ordnungsmaßnahmen ihrer Heiligkeit beraubt werden darf. Das individualistische (nicht ebenso das private) Gebet der einzelnen während der Messe muß in vorsichtiger und kluger Weise in ein gemeinsames verwandelt werden. Gleiches gilt von der äußeren Haltung der Gläubigen.

Im vierten Teil (These 215—256) gibt das Direktorium seelsorgliche Ratschläge für Messen aus besonderen Anlässen: Spät- und Abendgottesdienste, Hochzeits- und Trauermessen, besonders auch für die Kindergottesdienste. Diese werden als ein notwendiges Übel dargestellt; denn an und für sich gehören die Kinder zu ihren Eltern und die Familie als Gemeinschaft in die größere Gemeinschaft des Gottesdienstes der Gemeinde. Die Einführung der Kinder in die Messe muß langsam, stetig fortschreitend und unaufhörlich vor sich gehen. Auch hierbei muß man sich hüten, Unterricht und Vollzug miteinander zu vermischen. Überhaupt muß beim Kindergottesdienst, seiner Organisation und der Werbung für ihn alles vermieden werden, was den Eindruck erwecken könnte, der Kindergottesdienst sei eine Fortsetzung oder ein Zubehör der Schule; daraus entsteht die Gefahr, daß er mit dem Ende der Schulzeit ebenfalls aufgegeben wird.

Mit den vorstehenden Inhaltsangaben konnten nur einige Hinweise auf dieses Büchlein gegeben werden, das vor allem auch den Laien das Wichtigste und Wissenswerteste mitzuteilen sehr geeignet ist.

Bei Gelegenheit dieser Anzeige soll zugleich mitgeteilt werden, daß inzwischen ein viertes Direktorium erschienen ist: das „Directoire pour les actes administratifs des Sacraments“ (Bonne Presse und Fleuris, Paris 1956, 378 S., 1000 frs.). Es enthält zum Zweck der Vereinheitlichung der Praxis im gesamten Frankreich, aber ebenfalls zunächst in der Form von Richtlinien, alles, was an kirchenamtlichen Akten im Zusammenhang mit der Spendung aller Sakramente und des Begräbnisses zu vollziehen ist, und zwar sowohl Ratschläge zur Durchführung der Bestimmungen einschließlich der Modelle für die nötigen Formulare als auch die Bestimmungen selbst, und ferner Weisungen für die Registratur und das Archiv dieses Teils der Pfarramtsverwaltung. Das Buch ist mit den römischen Behörden durchgesprochen und von ihnen autorisiert worden.

#### *Aus der totalitären Welt*

**Die besondere Rolle der Religion im Marxismus-Leninismus** Einer der Irrtümer in der Beurteilung der Sowjetideologie besteht darin, den Atheismus des Marxismus-Leninismus nicht ernst zu nehmen und auch dort,

wo diese Ideologie gemäß ihren Voraussetzungen und Grundsätzen zu keinerlei Kompromiß in der Lage ist, „diskutable Elemente“ finden zu wollen.

Es gehört zum ideologischen Einmaleins des historischen Materialismus, Religion und Kirche zum „Überbau“ der „sklavenhalterischen, feudalen oder bourgeois-kapitalisti-

schen Ausbeutergesellschaft“, deren soziale Wirklichkeit sie in verzierter Form widerspiegeln, zu rechnen. Aber gesteht nicht die seit Stalin oft wiederholte These von der aktiven Rolle des „Überbaus“ auch seinen religiös-kirchlichen Elementen eine gewisse Eigengesetzlichkeit zu, die sie den Untergang der alten „Basis“ überdauern läßt und ihr auch im sozialistischen oder gar im kommunistischen Staat Existenzmöglichkeiten einräumt?

Auf die aktive Rolle des „Überbaus“ und die Kontinuität in der Entwicklung seiner Elemente weist ein Aufsatz im „Kommunist“, dem führenden ideologischen Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, hin (M. Kammari, Einige Fragen der Theorie von Basis und Überbau, in: „Kommunist“ Nr. 10, 1956, S. 42—58). Offenbar verfolgt dieser Aufsatz auf praktisch-politischer Ebene unter anderem den Zweck, die Koexistenzgläubigkeit gewisser bürgerlicher Kreise zu stärken und ihnen den Übergang zum Sozialismus und Kommunismus zu erleichtern.

Der Autor warnt vor einem Mißverständnis der Dialektik zwischen Basis und Überbau, wie es sich aus gewissen Thesen Stalins in seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ ergeben könne, besonders vor der falschen Schlußfolgerung, „daß alle Elemente des Überbaus einer gegebenen Formation lediglich durch ihre ökonomische Struktur hervorgebracht sind und keine Produkte der Entwicklung vorangegangener Epochen enthalten“. In der Tat hätten Staat, Recht, Moral, Kunst, Philosophie und Religion ihre „relativ selbständige Geschichte, ihre Kontinuität in der Entwicklung, ungeachtet aller grundlegenden Veränderungen, Revolutionen und Umwandlungen, die in ihnen bei der Ablösung einer gesellschaftlichen Formation durch eine andere vor sich gehen“.

Auch die sozialistische Gesellschaft schaffe ihren Überbau nicht aus dem Nichts, „sondern im Prozeß der kritischen Aneignung der gesamten vorangegangenen Entwicklung des menschlichen Denkens und der menschlichen Kultur“. Wie die sozialistische Gesellschaft auf politischem Gebiet die besten Grundsätze der bürgerlichen Demokratie, die von dieser nur proklamiert, aber nicht konsequent verwirklicht worden seien, übernehme, so bedeute auch die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Kultur nicht, daß die alten Einrichtungen einfach beseitigt und an ihrer Stelle neue geschaffen werden. Eine „nihilistische“ Einstellung zum Kulturerbe der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft sei abzulehnen; „wie die Erfahrungen der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Chinas, Frankreichs, Italiens und anderer kommunistischer Parteien beweisen, können und werden bei einer richtigen Politik die besten Vertreter der bürgerlichen Intelligenz schon vor Eroberung der politischen Macht — besonders unter den heutigen Bedingungen — auf die Seite des Kommunismus . . . übergehen“.

Der Aufsatz im „Kommunist“ räumt auch dem religiösen und kirchlichen Element im „Überbau“ eine „relative Selbständigkeit“ und „Kontinuität in der Entwicklung“ ein. Diese besteht aber — bei völliger Leugnung des Absolutheits- und Offenbarungscharakters der Religion — in ihrer Rolle als „Werkzeug der Ausbeuterklassen einer jeden vorsozialistischen Gesellschaft“, den Ausgebeuteten eine verzerrte Wirklichkeit vorzuspiegeln, um sie von den Nöten ihres Daseins abzulenken und ihr Interesse auf das „vorgegaukelte Heil einer phantastischen jenseitigen Welt“ zu richten. Und hier gibt es keine bis in die soziali-

stische Gesellschaft hineinreichende Kontinuität parallel zu den anderen Elementen des früheren Überbaus, denn „in der sozialistischen Gesellschaft stirbt die Religion ab und wird vollständig absterben unter dem Kommunismus, wenn die sozialen Bedingungen und Erscheinungen, die die Religion hervorgebracht und gestützt haben, vollständig verschwinden“. Wenn also „jede Klasse diese oder jene Elemente des Überbaus vorangegangener Formationen . . . entsprechend ihren Klasseninteressen übernimmt“ (und entsprechend verändert), so übernimmt das Proletariat doch keinesfalls religiöse oder kirchliche Elemente des bisherigen Überbaus. Hier wird die Kontinuität und eigengesetzliche Weiterentwicklung nur in negativer Weise zugestanden, insofern „der sozialistische Staat durch ein Dekret die Religion nicht verbieten und die Kirche nicht liquidieren kann; das würde die religiösen Vorurteile nur verstärken“.

#### Grenzen

Ein Artikel in der theoretisch-politischen Zeitschrift des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Grundzüge des Neothomismus macht alle Kombinationen gegenstandslos, die in letzter Zeit, sei es aus Interessiertheit oder aus Mißverständnis, die Feststellungen einiger katholischer Theologen und Publizisten über gewisse formale Ähnlichkeiten im Denkschema des Thomismus und Marxismus und über andere Annäherungspunkte als mögliche Grundlagen eines sich anbahnenden Gesprächs zwischen Katholiken und dialektischen Materialisten herauszustellen sich bemühten (T. Ojzerman, Die heutige Gestalt der mittelalterlichen Scholastik, in: „Kommunist“ Nr. 1, 1957, S. 88—101).

Nach Ojzerman ist der Neothomismus die offizielle philosophische Doktrin des Vatikans und bei all seiner „sklavischen Abhängigkeit“ von der Lehre des Thomas von Aquin deshalb so „gefährlich“, weil er eben keine mittelalterliche, sondern eine zeitgenössische bourgeoise Philosophie ist. Als solche dient er der Verteidigung des Kapitalismus, wobei er die „hinterlistige Taktik“ anwendet, im Unterschied zu anderen bürgerlichen Ideologien „unter der Flagge der Kritik am Kapitalismus“ aufzutreten. Wenn beispielsweise Giorgio La Pira, „den realen Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Struktur kastrierend“, behauptet, daß nicht der Kampf zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft, sondern der Kampf zwischen Christentum und Kommunismus der eigentliche Hintergrund der dramatischen Spannungen der Gegenwart sei, so ergäbe sich von diesem Standpunkt aus, daß der Kampf der Werktätigen für eine Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens einem Anschlag auf das Gesetz Gottes gleichkomme.

Neben dieser „reaktionären sozial-politischen Konzeption“ vertrete der Neothomismus in seinem philosophischen Credo eine gleichfalls höchst gefährliche Taktik, indem er sich unbeschadet seiner „offen idealistischen, religiösen Lehre“ als Verteidiger von Vernunft und Wissenschaft gebärde und den Bund von Wissenschaft und Religion predige. „Indem sie davon reden, daß sich die Vernunft auf die Gegebenheiten der Sinnesorgane stützt, kommen die Neothomisten zum Schluß, daß gerade dies ihr Erkenntnisvermögen begrenzt und sie faktisch unfähig macht, in das innere (göttliche) Wesen der Welt einzudringen.“ Der Agnostizismus könne ihrer Auffassung nach nur von religiösen Positionen aus überwunden wer-

den, d. h. im Wege der Anerkennung der Offenbarung als höchsten Quells des Wissens von der Welt. Somit ergäbe sich die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Vernunft und Glauben, von Wissenschaft und Religion.

Um diese Position des Neothomismus zu entkräften, führt der marxistische Autor des Artikels keineswegs neue Argumente an. Was er bietet, sind lediglich die abgenutzten Behauptungen von der „allgemein bekannten“ Wissenschaftsfeindlichkeit der Religion im allgemeinen und der katholischen Kirche im besonderen, wofür das Vorgehen gegen Kopernikus, Galilei, Giordano Bruno, Vanini und viele andere der eindeutige Beweis sei. Und wo er illustrierend ins Detail geht, bleibt es bei flüchtigen Bemerkungen darüber, daß nach „wissenschaftlicher“ Ansicht die Welt in Zeit und Raum unendlich sei und der Mensch im Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses der Materie entstanden sei, was den religiösen Dogmen von der Endlichkeit und Schöpfung der Welt und von der Erschaffung des Menschen widerspräche. Die von den Neothomisten vertretene Harmonie von Glauben und Wissen sei in Wahrheit eine Unterwerfung der Wissenschaft unter die Religion, und wenn sie „unter der Flagge des Rationalismus“ aufträte, täten sie das nur in der taktischen Absicht, die Vernunft zu unterwerfen, sie vor atheistischen Schlußfolgerungen zurückzuhalten.

Eine „Taktik“ der Neothomisten ist nach Ojzerman ferner das Bemühen, den breiten Massen nach dem Mund zu reden, um sie auf die Seite der Bourgeoisie und der „imperialistischen Reaktion“ zu ziehen. Symptomatisch hierfür sei das Buch von Prof. Marcel Reding: „Thomas von Aquin und Karl Marx“ (1953). Reding spricht hier bekanntlich davon, daß der hl. Thomas und Karl Marx einen gemeinsamen Lehrer hatten und „geniale und originelle Aristoteliker“ waren. Ein anderes Argument Redings ist die Verwandtschaft der marxistischen Philosophie mit Aristoteles über ihre Beziehung zur Hegelschen Philosophie. Das Gemeinsame in den philosophischen Anschauungen bei Marx, Aristoteles und dem hl. Thomas sei (nach Reding) der Kampf für die Rehabilitierung der sinnlichen Wirklichkeit, der materiellen Welt, und die Hervorhebung der Unterordnung des Einzelnen unter das Allgemeine.

„Es bedarf nicht erst eines Beweises, daß Marx nicht Aristoteliker war, daß seine ganze Lehre dem religiös-idealistischen System des Thomas von Aquin organisch feindlich ist“, sagt Ojzerman hierzu. „Solche paradoxen, ungereimten Vergleiche brauchen die Neothomisten zur Festigung ihrer ideologischen Positionen, indem sie auf den großen Denker verweisen, dessen Name den Werktätigen aller Länder teuer ist — Marx. Einmal treten die Neothomisten gegen den Marxismus auf und sehen in ihm buchstäblich eine Theologie des Teufels, das andere Mal kokettieren sie mit dem Marxismus und versuchen den Werktätigen einzureden, daß auch für sie, die Neothomisten, die Sorge um das Wohl der Werktätigen die Hauptaufgabe ist. Alles das zeigt die Vielfältigkeit der vom Katholizismus angewandten taktischen Mittel.“

Vor einiger Zeit hat ein angesehenes deutsches Blatt mehrmals in großer Aufmachung von einer zur „Sicherung eines kirchlichen Existenzminimums im atheistischen Staat“ gebotenen Diskussion zwischen Katholiken und Marxisten-Leninisten gesprochen. Uns scheint, daß die Perspektiven und Tendenzen jenes „Gesprächs“ von sowjetischer Seite her damit genügend geklärt sind.

**Die kirchliche Lage in Jugoslawien** Die Verfolgung der Kirche in Jugoslawien durch das Regime Tito ist in den Meldungen dieser Zeitschrift seit längerer Zeit nicht erwähnt worden. Es sind keine allgemeinen Anordnungen getroffen worden, die die Tätigkeit der Kirche noch weiter eingeschränkt hätten, und die öffentlichen Herausforderungen im Einzelfall haben das Maß nicht überschritten, das man aus den kommunistischen Staaten gewohnt ist. Es wäre zu berichten gewesen von Prozessen gegen Priester und Schließungen kirchlicher Anstalten, wie im vergangenen Sommer in Spalato, vom Verbot des päpstlichen Hirtenschreibens vom 29. Juni 1956, das sich mit der Lage der Kirche in den kommunistischen Ländern befaßte, vom zehnten Jahrestag der Verhaftung des Kardinals Stepinac, der am 11. Oktober 1946 zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, von wiederholten maßlosen Angriffen jugoslawischer Machthaber gegen den Heiligen Stuhl, die ja in diesem Lande seit Jahr und Tag üblich sind, von Konfiskationen kirchlichen Eigentums, wie sie in einer besonders herausfordernden Härte dem Bischof von Skoplje, Msgr. Cekada, eröffnet wurden, von gangsterhaften Überfällen auf Kirchen, wie am Lovcen und in Slowenien geschehen.

Aber diese Einzelfälle kennzeichnen nicht das Wesen der jugoslawischen Verfolgung der Kirche, die mit einer geräuschlosen, jedoch unerbittlichen Methode der Erstickung des religiösen Lebens voranzukommen sucht. Diese ebenso zähe wie stille Kampfweise dient einerseits dazu, das Volk nicht zu erregen, das in den katholischen Kerngebieten Sloweniens und Kroatiens so tief katholisch empfindet, daß öffentliche Herausforderungen zu offener Gegenwehr führen könnten; sie dient aber vor allem dem Zweck, dem westlichen Ausland weiszumachen, daß es in Jugoslawien keine Verfolgung der Religion gebe. Das hat sich die Regierung wiederholt bestätigen lassen, sowohl von ausländischen Kirchenmännern wie von inländischen Kirchenführern aller Konfessionen, mit Ausnahme der römisch-katholischen. Die Absicht, das westliche Ausland nicht aufzuregen, hat besonders in den Frühjahrsmonaten einen sehr realen Nebenzweck. Denn jetzt steht ja die Fremdensaison bevor, und das Geld der Touristen und Badegäste ist bei der armseligen Lage der jugoslawischen Volkswirtschaft von unschätzbarem Wert. Um so mehr wird es für Katholiken zu einer Gewissensfrage, ob sie im kommenden Sommer dieses Land besuchen und ihm dadurch ihre Sympathie bekunden sollen. Zwischen den Völkern in den ehemals zur Donaumonarchie gehörigen Teilen Jugoslawiens und den Deutschen bestand, von politischen Zwischenspielen abgesehen, immer starke Sympathie, und es gibt nicht den mindesten Grund, damit zurückzuhalten. Für den katholischen Christen ist es aber eine ernste Frage, ob er ein Land aufsuchen soll, in dem sein Glaube mit heimtückischer Gehässigkeit unterdrückt wird. Es würde wohl niemandem einfallen, zur Erholung in die Tschechoslowakei zu reisen. Nun, das politische System und besonders die Einstellung des Regimes gegenüber unserer Kirche in Jugoslawien unterscheiden sich zwar in der Taktik gegenüber dem Westen, aber in keiner Weise im Verhalten gegenüber den eigenen Bürgern und ihrer Religion von irgendeinem anderen Lande, das stalinistisch regiert wird.

Jugoslawien steht im Innern unter einer viel brutaleren kommunistischen Diktatur als im Augenblick etwa Polen! Der jugoslawische Außenminister Popovic erklärte in

einer Rede neuesten Datums, nämlich am 26. Februar 1957, in der Skuptschina allen denen, die an eine demokratische Entwicklung des jugoslawischen Kommunismus glauben: „Unsere Weltanschauung ist auf den Marxismus und Leninismus gegründet. In ihnen bildet der Klassenkampf die Grundlage des Fortschritts.“ Gegen welche Klasse kann sich der Kampf richten in einem Lande, in dem doch nach den stolzen Erklärungen seiner Machthaber der Sozialismus schon fast ein Jahrzehnt verwirklicht ist? Natürlich vor allem gegen die Kirche! Das ist keine Unterstellung. Kein Geringerer als der stellvertretende Ministerpräsident Rankovic hat ausdrücklich erklärt, daß der Heilige Stuhl der Hort der Reaktion, das heißt der Klassenfeind sei! Angesichts der grundsätzlichen Erklärungen jugoslawischer Politiker darf man sich durch die außenpolitischen Bemühungen um Fühlung mit dem Westen nicht täuschen lassen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb (2. 3. 57) zur Charakteristik der jugoslawischen Außenpolitik: „Das Wesen dieser angeblich blocklosen Koexistenzpolitik ist nichts anderes als der jugoslawische Beitrag zur Unterwühlung der westlichen Front und zum Siege des Kommunismus in den noch kapitalistischen Ländern.“ Die amerikanischen Katholiken haben sich in leidenschaftlichen Protesten an die Adresse ihrer Regierung dagegen zur Wehr gesetzt, daß Tito zu einem Staatsbesuch in Washington empfangen werden sollte, und tatsächlich hat der Diktator, unwillig über diese Volksstimmung, seinen Besuch abgesagt. Die deutschen Katholiken haben keinen Grund, eine andere Haltung gegenüber Vertretern des offiziellen Jugoslawien einzunehmen.

Was die Kirchenverfolgung in Jugoslawien angeht, so ähnelt sie in ihren Methoden bis ins einzelne der nationalsozialistischen in Deutschland, nur daß sie sich etwas weiter vorwagen kann. Im übrigen arbeitet sie mit der bekannten Methode, jene Freiheit, die sie in der Verfassung für die Ausübung der Religion gewährt hat, durch regionale und örtliche Polizeimaßnahmen und mehr noch durch unsichtbare Maßnahmen der Einschüchterung, des Boykotts und des Gesinnungsterrors zu erwürgen. Beamte und Angestellte, Offiziere und Soldaten, Studenten und Schüler, die sich religiös betätigen oder ihre religiöse Gesinnung äußern, werden stillschweigend gemäßregelt und in ihrer Existenz bedroht. Und es ist die Mehrzahl der Bürger, die beruflich vom Staat abhängen. Die Geistlichen werden durch Schikanen, Drohungen und Verlockungen zu einer wenigstens äußerlichen Willfährigkeit gezwungen. So erhalten zum Beispiel nur diejenigen Priester, die den regimehörigen patriotischen Priestervereinigungen angehören, staatliche Existenzbeihilfen, und wer aus diesen Vereinigungen im Gewissenskonflikt austreten wollte, würde sich dadurch allein schon als Staatsfeind ausweisen. Auch die infame Methode, Priester irgendwelcher Verfehlungen in ihrer Lebensführung zu verdächtigen, spielt eine aus der deutschen Nazizeit wohlbekannte Rolle. Daß der Kirche jede Form der Betätigung ihrer Sendung außerhalb der Gottesdienste genommen und die religiöse Unterweisung der Schulkinder äußerst eingeschränkt ist, darf als bekannt vorausgesetzt und soll nur in Erinnerung gebracht werden. Wie Tito einmal erklärt hat, sind die Gotteshäuser in Jugoslawien an manchen Orten gefüllt und anderswo nicht. Das ist das einzige Argument, mit dem die Kommunisten die westlichen Völker immer von neuem glauben machen möchten, daß einerseits die Religion nicht verfolgt wird und andererseits die Bevöl-

kerung sich allmählich von der Kirche abzuwenden beginnt. Beides ist richtig. Nur muß man dieses Phänomen richtig interpretieren. Die Kirchen sind gefüllt von Leuten, die auf Grund ihres Alters oder ihrer Berufsstellung als Arbeiter und Kleinstbauern weniger zu fürchten haben. Anderen erklären mitunter sogar die Geistlichen, sie sollten lieber nicht zum Gottesdienst erscheinen, weil sie dadurch sich selbst und ihre Familien allzusehr gefährden würden. Sie beten zu Hause, eine Katakombenkirche inmitten dieses Landes, das sich der Religionsfreiheit rühmt. Und es ist auch wahr, daß manche Menschen die religiöse Resistenz gegen die Verfolger aufgegeben haben. Aber nicht etwa weil sie überzeugte Kommunisten geworden wären, deren es wenigstens in Kroatien und Slowenien nicht mehr gibt als in Ungarn, sondern weil sie, wie alle ausländischen Beobachter es vom ganzen jugoslawischen Volk berichten, zermürbt worden sind und nur ein bißchen Ruhe und friedliches Leben wünschen, wenn es auch unter den armseligsten wirtschaftlichen und demütigendsten politischen Verhältnissen sein muß.

Das ist die wirkliche religiöse und seelische Lage des katholischen jugoslawischen Volkes. Es gibt kein einziges Zeichen dafür, daß das Regime Titos bereit ist, eine dieses Namens würdige Gewissensfreiheit zu gewährleisten. Deshalb muß der ausländische Reisende in diesem Lande wissen, daß er durch die Freiheit, mit der er sich bewegt, die seelische Qual der Unterdrückten höchstwahrscheinlich nur noch vermehrt!

#### *Aus Amerika*

**Die katholische Buchproduktion in USA** Presse gab Harold C. Gardiner, der Feuilletonredakteur der Zeitschrift „America“, in dieser Zeitschrift (16. 2. 57) einen Überblick über die Leistungen und Sorgen des katholischen Verlagswesens und der Buchproduktion in den Vereinigten Staaten.

Nach den Ermittlungen der Bibliothek der Katholischen Universität Washington sind im Jahre 1956 583 Titel katholischer Literatur erschienen gegen 564 im Jahre 1955 und 461 im Jahre 1954. Von den größten katholischen Verlegern haben herausgebracht: The Newman Press 68, The Bruce Publishing Company 49, Sheed and Ward 35 und P. J. Kenedy and Sons 22. Der Umsatz, gezählt nach verkauften Exemplaren, stieg bei Bruce um mehr als 10%, bei Kenedy, dank einem Bestseller, um 52%, bei Newman Press um 20%, bei Sheed and Ward um 8%.

Der Chef des Hauses Bruce hat den Eindruck, daß der Unternehmungsgeist der Verleger wächst. Man bemüht sich sowohl um neue Autoren wie um aktuelle Themen und unterstützt die wissenschaftliche Initiative durch Herausgabe von Werken, die nur eine kleine Auflage erreichen können. Diese Bemühungen werden dadurch wirtschaftlich ermöglicht, daß das Interesse des Publikums an Büchern ernsten Inhalts, besonders an marianischer, apologetischer, autobiographischer und hagiographischer Literatur, aber auch an allgemeinverständlichen Darstellungen wissenschaftlichen Inhalts steigt. Es fehlt in Amerika an grundlegenden katholischen theologischen und sozialwissenschaftlichen Werken und vor allem an einer guten katholischen Enzyklopädie. „Die Deutschen haben uns mit dem Großen Herder beschämt.“ Der Verleger Kenedy hat den erfreulichen Eindruck, daß das katholische Buch mehr und mehr in den allgemeinen Buchhandel eindringt.

Der Leiter der Newman Press sieht ein großes Handicap für die katholische Produktion darin, daß sie wegen der begrenzten Absatzmöglichkeiten für katholische Bücher nur verhältnismäßig kleine Auflagen wagen und deshalb bei den steigenden Herstellungskosten mit sonstigen Büchern im Preis nicht konkurrieren kann. Im Vergleich zu den Ausgaben der Massenverlage sind katholische Bücher teurer, und das Publikum ist nicht durchweg fähig, den Grund dafür einzusehen. Die katholischen Verleger können die Kosten für ihre in der Auflage beschränkten Bücher nicht dadurch ausgleichen, daß sie daneben andere Werke herausbringen, die wegen ihres neutralen oder gar fragwürdigen Inhaltes marktgängig sind. Gerade die wertvollsten Bücher haben ja meist nur eine kleine Auflage. — Der Verlag Sheed and Ward verzeichnet zunehmendes Interesse an theologischer Literatur. Dagegen sei die Nachfrage nach wertvollem schöngestrigem Schrifttum im katholischen Publikum sehr gering. Auch die katholische Jugendliteratur könne sich gegenüber der neutralen Konkurrenz nur mühsam behaupten.

In den Vereinigten Staaten bemühen sich in zunehmendem Maß auch nichtkatholische Verlage um die Herausgabe katholischer Literatur; manche haben sich sogar eine eigene Verlagsabteilung zu diesem Zweck angegliedert. Damit wird ein sehr ernstes und grundsätzliches Problem aufgeworfen. Diese neutralen Verleger machen geltend, daß sie den bei ihnen erscheinenden katholischen Büchern eine erheblich größere Verbreitung verschaffen können, als es den katholischen Firmen möglich ist, und zwar vor allem beim nichtkatholischen Publikum, das die katholischen Verlagserscheinungen vielfach gar nicht zu Kenntnis nimmt oder zurückweist. Außerdem handelt es sich meist um Großverlage, die ganz andere Werbe- und Verkaufsmöglichkeiten haben als die katholischen Firmen. Sie behaupten zudem, daß ihre Konkurrenz die katholischen Verleger zwingt, ihre Leistungen zu erhöhen. Natürlich wählen diese Verleger nur solche katholische Bücher und Autoren aus, die von vornherein gute Marktaussichten bieten. Sie schöpfen also, wirtschaftlich betrachtet, den Rahm ab und überlassen den katholischen Verlegern den Rest.

Nun kann man diese Konkurrenz in einer freien Wirtschaft nicht verhindern und es den Autoren auch nicht verübeln, daß sie die größeren Chancen dieser Verleger wahrnehmen. Aber es ist einleuchtend, daß die entgangenen Bestseller die Produktionsfähigkeit der katholischen Verlage noch mehr einengen. Und das bedeutet, daß auch diese gezwungen werden, die Rentabilitätsabwägungen in den Vordergrund ihrer Verlagsprogramme zu rücken. Sie können es sich immer weniger leisten, wertvolle Bücher auch mit der Aussicht auf finanzielle Verluste herauszubringen, und werden gezwungen, entweder ihr katholisches Profil zu verwischen, um so auf den allgemeinen Markt vorzudringen, oder sich in der Hauptsache auf katholische Literatur umzustellen, die massenhaft verkäuflich ist. Das ist einer der Gründe für den niedrigen Standard eines Teils der amerikanischen katholischen Buchproduktion. Wie begrüßenswert es demnach ist, daß der Verbreitung einzelner oder einzelner katholischer Bücher gedient wird, wenn sie in Konkurrenz zu den katholischen Verlagshäusern anderswo erscheinen, so muß das auf die Dauer mit einer Qualitätsminderung der erscheinenden und einer Quantitätserhöhung nicht mehr erscheinender katholischer Bücher bezahlt werden. Vor diese Alternative sind natürlich auch die katholischen Organi-

sationen gestellt, die zu den privaten katholischen Verlagen in Konkurrenz treten, indem sie sichere Objekte in eigene Regie nehmen. Den Schaden davon haben selbstverständlich weniger die katholischen Verleger als diejenigen katholischen Schriftsteller, die ihre Manuskripte nicht mehr unterbringen können, und die Menschen, die diese Werke deswegen nicht mehr zu lesen bekommen.

Ein ähnliches Problem wird durch die neuerdings rapide steigende Produktion der billigen Taschenbücher aufgeworfen. Diese Produktion ist aus Gründen der Rentabilität und der Käuferpsychologie nur in ganzen Serien von Titeln möglich und fordert Investitionen, die die Kräfte der kleineren Häuser übersteigen. Es ist vor allem diese Taschenbuchproduktion, die sich für die besten Titel katholischen Schrifttums interessiert. Natürlich ist es wünschenswert, daß auch katholische Bücher auf diesem Wege zu Massenaufgaben kommen. Aber der Absatzrückgang bei den Normalausgaben dieser Werke und vielleicht auch bei anderen verwandten Inhalts ist bedenkenswert, wenn es auch Stimmen gibt, die die Meinung äußern, durch die pocket-books werde das Publikum auch an die besseren und teureren Bücher herangeführt.

### *Aus den Missionen*

**Um die volle Freiheit der Kirche in Pakistan. Missionsgebetsmeinung für Mai 1957**

Als im Jahre 1947 nach einem kurzen, aber furchtbaren Religionskrieg mit Massenmorden, Massenflucht und einem nachfolgenden umfassenden Bevölkerungsaustausch der neue Staat Pakistan sich aus Indien herauslöste und sich als Staat der Mohammedaner erklärte, fanden sich plötzlich eine halbe Million Christen, darunter noch nicht 200 000 Katholiken, als Angehörige eines Landes wieder, von dessen damals rund 70 Millionen Einwohnern 87 Prozent sich zum Islam bekannten. Naturgemäß gingen die Wogen in der mohammedanischen Gemeinschaft zunächst hoch, und die Christen fragten sich angstvoll, ob sie nicht auch des Landes verwiesen oder bestenfalls nur als Halbbürger niederen Rechtes geduldet würden. Ihre soziale Lage war schon vorher, namentlich in Westpakistan, recht gedrückt. Nun wurden noch Tausende von ihnen bei dem Austausch der Bevölkerung von den Höfen verjagt, die sie bis dahin als Pächter hinduistischer Grundbesitzer bewirtschaftet hatten, da die neuen Herren (mohammedanische Einwanderer aus Indien) sie nicht weiter beschäftigen wollten (vgl. den Bericht „Die katholische Kirche in Pakistan“ in Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 208. Der Bericht kann mit Nutzen zur Vervollständigung dieser neuen Übersicht herangezogen werden). Sprach nicht alles dafür, daß die Christen einer Periode der Unterdrückung entgegengehen würden? Und wie sollten sie sich wehren? Nicht einmal kulturell hatte dies Christentum ein eigenes Profil, da es ganz aus westlichen Formen aufgebaut war. Der katholischen Gemeinschaft fehlte es auch gänzlich an einheimischen Persönlichkeiten, die sie auf dem Gebiete des Rechtes und der Verwaltung wirksam vertreten konnten. Die gebildeten Katholiken in Ostpakistan hatten sich von jeher kaufmännischen Berufen und dem Lehrfach zugewandt. Katholische Rechtsanwälte gab und gibt es nur ganz wenige. Dazu kam die scheinbare Aussichtslosigkeit einer praktischen Zusammenarbeit der Katholiken, die zu mehr als zwei Dritteln im Westen wohnten und voneinander durch einen Korridor von 1600 km getrennt waren.

### *Überraschend gute Lage der Kirche*

Trotz aller dieser Schwierigkeiten, trotz mancher Reibungen mit örtlichen Behörden, trotz eines eine Zeitlang drohenden Schulkonflikts, trotz der unentwegten Angriffe seitens des orthodoxen (nicht des liberalen) Islams in der Presse, trotz Beschneidung der Aufstiegsmöglichkeiten der Katholiken hat sich die Kirche Pakistans in den zehn Jahren seit der Gründung des Staates innerlich gefestigt und genießt äußerlich ein sehr beachtliches Maß von Freiheit, die jetzt auch durch die nach neunjährigem Hin und Her endlich proklamierte Verfassung vom 29. Februar 1956 einigermaßen gesichert erscheint. Es bestehen reguläre diplomatische Beziehungen zum Hl. Stuhl. In Karachi wurde 1950 eine Internuntiaturliege errichtet, die vom Erzbischof von Karachi, Msgr. Jacobus van Miltenburg OFM, als Geschäftsträger geleitet wird. Solange die Verfassung noch nicht verkündet war, erschien es nicht als zweckmäßig, den Posten endgültig zu besetzen. Warum auch ein Jahr nach Verkündung der Verfassung die Stelle nicht endgültig besetzt wurde, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Die Katholiken klagen noch immer über Diskriminierung. Andererseits steht den seit Jahren in der Missionspresse des Westens immer wieder erhobenen Beschwerden über Bevorzugung der Mohammedaner in Verwaltung und Wirtschaft folgende interessante Feststellung der „Agenzia Fides“ (franz. Ausgabe vom 9. 2. 57) gegenüber: „In den Büros werden die Katholiken und die Christen ganz allgemein mit einem gewissen Mißtrauen überwacht, und man deutet ihr Handeln als von religiösen Überzeugungen eingegeben. Daraus entwickeln sich dann Klagen und Kritiken, die den Aufstieg der Christen oder ihre Stellung in Gefahr bringen können. Wie kommt es aber dann, daß so viele Christen in zahlreichen Büros der Regierung Vertrauensstellungen bekleiden? Weil sie wegen ihrer Sachkunde und ihrer anständigen Gesinnung gesucht sind. Das erklärt auch, warum 90 Prozent der Angestellten der in Pakistan eingerichteten ausländischen Wirtschaftsunternehmen Christen sind. Diese Gesellschaften müssen freilich 75 Prozent ihrer Angestellten aus Pakistanis rekrutieren. Das betreffende Gesetz findet strikte Beobachtung, wenn man zugibt, daß ‚Bürger‘ nicht notwendig gleichbedeutend mit ‚Mohammedaner‘ ist.“ — Daß es der Kirche nicht ganz schlecht geht, kann man auch aus der Tatsache ersehen, daß den heute 263 570 Katholiken des Landes 71 867 Katechumenen gegenüberstehen, die selbstverständlich nicht aus den Reihen der Mohammedaner kommen, sondern aus den Hinduisten und vor allem aus den primitiven Bergvölkern an den Grenzen Ostpakistans. Es ist immerhin bemerkenswert, daß eine von Reform-Mohammedanern getragene Regierung in Pakistan hier großzügiger in der Duldung ist als die von Reform-Hinduisten geleitete Regierung der benachbarten Indischen Union, die Missionsarbeit unter den Bergvölkern der Grenzgebiete untersagt, weil sie fürchtet, die Assimilation dieser Bevölkerung an den Staat und an die einheimische Kultur werde dadurch unterbunden. Bemerken wir nebenher, daß die Missionsarbeit unter diesen Bergvölkern Pakistans von amerikanischen Priestern ausgeführt wird. Für das Maß äußerer Freiheit, das die Kirche in Pakistan genießt, ist auch die Tatsache kennzeichnend, daß im November 1956 10 000 Katholiken in einer Christ-König-Prozession durch die Hauptstraßen von Karachi ziehen konnten, während die Polizei für

zwei Stunden hier jeglichen Verkehr sperrete. Die fünf seit 1947 gebildeten Regierungen haben unentwegt der Kirche ihr Wohlwollen bekundet, bereitwillig die Klagen der Katholiken gehört und, wo es in ihrer Macht stand, bei Übergriffen untergeordneter Behörden und bei auftretenden ideologischen Schwierigkeiten für Abhilfe gesorgt.

### *Man braucht die Kirche*

Man fragt erstaunt, woher diese Freiheit in einem Staate kommt, dessen innerer Seinsgrund die Zusammenführung der Mohammedaner Nordindiens in einer Gemeinschaft ist. Die erste Antwort darauf lautet: Dieser 78-Millionen-Staat braucht die Kirche. Zunächst das Bildungswesen der Kirche. Pakistans Bewohner sind noch zu 85 Prozent Analphabeten. Dagegen besitzt die katholische Gruppe dank ihren Schulen trotz ihrer durchweg gedrückten sozialen Lage den relativ größten Prozentsatz der Bevölkerung, die lesen und schreiben kann. Von diesen Schulen (zur Zeit 363 mit 50 000 Schülern, dazu 7 Universitätskollegien) strahlt auch Bildung in den Raum der mohammedanischen Bevölkerung, da die Mehrzahl der Besucher katholischer Schulen Mohammedaner sind. Pakistan braucht die Kirche ferner auf hygienischem und sanitärem Gebiete. Zwar hat Pakistan in den zehn Jahren seines Bestehens dank der Hilfe christlicher missionsärztlicher Einrichtungen (besonders der Krankenhäuser und Ausbildungsstätten der Missionsärztlichen Schwestern von Philadelphia, Gründerin und Leiterin Mutter Anna Dengel) sowie der Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen auf dem Gebiete der ärztlichen Versorgung und der öffentlichen Hygiene mächtig aufgeholt. Aber noch immer kommt ein Arzt nur auf mehrere Zehntausend Pakistanis, und es gibt im ganzen Lande nur 800—1000 ausgebildete Pflegerinnen bzw. Hebammen. Unter diesen Umständen kann der junge Staat die meist modern eingerichteten 15 katholischen Krankenhäuser nicht entbehren. Schließlich hat die katholische Caritas, besonders jene der amerikanischen Katholiken, Jahr für Jahr Millionenwerte an Lebensmitteln in das von Überschwemmungen und periodischen Hungersnöten heimgesuchte Land gesandt. Durch diese Hilfeleistungen wurde viel Not gelindert und die Dankbarkeit von Regierung und Volk geweckt. Die katholische Kirche verdankt also ihre Freiheit nicht zum geringsten Teile dem praktischen Wert, den sie für dieses in Entwicklung begriffene Land im zivilen Sektor darstellt. Aus den Erfahrungen der Kirche in anderen Ländern ähnlicher Struktur weiß man aber, daß diese kirchliche Hilfe bei der Entwicklung in dem Maße an Wertschätzung einbüßt, als es den betreffenden Völkern selbst gelingt, den Entwicklungsanstoß aufzunehmen und weiterzuführen. Deshalb bleibt die Einwurzelung der Kirche im Kulturraum, die in dem von islamischem Geist geprägten Pakistan besonders schwierig ist, von entscheidender Bedeutung. In der Linie dieser Einwurzelung liegt die Übersetzung des Neuen Testaments in eine der beiden Hauptsprachen Pakistans, das Urdu, die nach siebenjähriger Vorarbeit von gelehrten Priestern und Laien fertiggestellt und in Rom mittels eines Spezialverfahrens gedruckt wurde. In der gleichen Linie liegt die wachsende Mitarbeit der Katholiken am politischen, sozialen und kulturellen Leben des Landes, Seite an Seite mit Mohammedanern. Es hat den Islam besonders beeindruckt, daß die Katholiken in der Kasch-

mir-Frage sich mit der Haltung von Volk und Regierung solidarisch erklärt haben.

### *Schutz durch den Reform-Islam*

Der lange innenpolitische Kampf um die Verfassung hat deutlich gemacht, daß in Pakistan ein unduldsamer orthodoxer Islam mit einem duldsamen Reform-Islam im Kampfe liegt und daß der Reform-Islam vorläufig auf der ganzen Linie gesiegt hat. Träger dieses Reform-Islam ist allerdings nur eine kleine Führungsschicht, die sich aber angesichts der auch von den Massen dunkel gefühlten Notwendigkeiten eines staatlichen Aufbaus im Geiste moderner Ideen immer wieder durchsetzen konnte. Die führenden Männer sind alle Mohammedaner, die an westlich orientierten Schulen mit westlichem Denken vertraut gemacht wurden. Sie haben im Grunde keinen inneren Kontakt mit den islamischen Volksmassen. Kennzeichnend ist hier die Bemerkung, die ein mohammedanischer Kaufmann aus Karachi zu einem Mitarbeiter einer großen englischen Zeitung machte: „Unsere Führer sind Ausländer, Moslem-Engländer, aber keine Pakistanis.“ Er zeigte dabei auf die Tochter des Innenministers, die in moderner westlicher Kleidung entgegen den Gepflogenheiten des Islams in der Öffentlichkeit trank. Bei der Fortsetzung des Gesprächs zitierte dieser Kaufmann ein Wort, das der derzeitige Staatspräsident Mirza Iskander zu einem anderen britischen Journalisten gesprochen habe: „Ich bin gewohnt, Eingeborene zu regieren. Das habe ich schon für die Engländer getan.“ Seine Eindrücke zusammenfassend, sagte der Mann aus der Wirtschaft: „Die ganze Spitze der Pyramide ist ihrer Basis weit voraus; die Kluft zwischen Regierung und Regierten ist groß“ („The Manchester Guardian Weekly“, 3. 2. 55). Man versteht es, daß diese Männer mit freiheitlichem Denken weder für engherzigen Fanatismus noch für eine brutale Unterdrückung von völkischen oder religiösen Minderheiten sind. Dementsprechend haben sie ihren ersten Willen bekundet, mit aller Diskriminierung von Minderheiten und allen Minderwertigkeitskomplexen von Volks- oder Religionsgruppen im mohammedanischen Pakistan aufzuräumen und damit die Linie des Gründers des Staates, Ali Jinnah, fortzusetzen, der immer wieder den Gedanken aussprach, der Staat solle sich von den ethisch-sozialen Prinzipien des Islams leiten lassen, aber nicht theokratisch und konfessionell, sondern demokratisch und unitarisch sein, ohne eine unterschiedliche Wertung von Kasten, Religionen und Rassen. Der jahrelange Kampf um die Verfassung, während dessen die Katholiken dauernd zwischen Furcht und Hoffnung schwebten, war im wesentlichen ein Ringen zwischen altislamischer Starre und neuislamischer Anpassungsfähigkeit, die westliche Gedanken aus dem Koran und der Sunna herauszulesen und sich damit religiös zu rechtfertigen sucht. Dieser hochbedeutsame geistige Vorgang zeigt sich im übrigen auch in einer Anzahl nächstlicher Staaten, die jetzt selbständig werden (z. B. in Tunesien).

### *Die Gunst des Minderheitenproblems*

Jede pakistanische Regierung, ob alt- oder neuislamisch, kann sich im übrigen, rein politisch gesehen, in das Abenteuer einer Unterdrückung von Minderheiten nicht ohne Gefahren für den Bestand der Republik einlassen. Darin liegt ein weiterer Schutz für die Katholiken. Innenpolitisch gesehen, sind schon die natürlichen Gegensätze zwi-

schen Ost- und Westpakistan groß. Beide haben eine getrennte geschichtliche Entwicklung, die Bewohner sind rassistisch verschieden, sie sprechen verschiedene Sprachen (Urdu ist die Hauptsprache im Westen, Bengali die des Ostens). Der Islam ist im Westen „urtümlicher“, dem arabisch-iranischen Kulturkreis nahe, im Osten dagegen jünger, in etwa ein kultureller Aufguß über tiefere kulturelle Strukturen, deshalb elastischer, freiheitlicher, westlichem Denken gegenüber aufgeschlossener. Jedesmal, wenn der orthodoxe Islam in den Verfassungskämpfen zum Durchbruch ansetzte, wurde man in Ostpakistan unruhig, weil man fürchtete, die „Pundschabis“ im Westen würden die Etikette einer extrem-mohammedanischen Verfassung nur dazu benutzen, den Osten in seinem Eigensein besser niederzuhalten. Gerade im volkreichen Osten, wo die zahlenmäßige Mehrheit der Bewohner des Landes auf nur 15% des Flächenraumes der Republik zusammengedrängt lebt, gibt es zudem eine sehr beachtliche Minderheit von sicherlich 8,6, vielleicht sogar von über 9 Millionen Hindus. Jede Unterdrückungspolitik gegen diese Minderheit würde Indien zum Schutz der Hinduisten Ostpakistan auf den Plan rufen. Solange im Westen der Kaschmir-Konflikt schwelt, kann die Regierung von Karachi im „Fernen Osten“ erst recht keine Minoritätenkämpfe brauchen. Sozial ist Ostpakistan ohnehin schon ein unruhiges Gebiet, für das zur Zeit einmal wieder die normale Verfassung außer Kraft gesetzt ist. Die dort lebenden 42 Millionen Menschen stehen zur Zeit unter „Präsidenten-Herrschaft“.

Einen letzten starken Schutz für die Kirche bedeutet die Tatsache, daß Pakistan durch seine Furcht vor dem benachbarten Indien zwangsläufig in das westliche Lager und seine Bündnissysteme hineingedrängt wurde. Es hat zudem die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen angenommen. Es ist schließlich noch Mitglied des Commonwealth. Derart mit der westlichen Welt verbunden, kann es keine Minoritätenpolitik treiben, die sich außerhalb der Grundanschauungen von Freiheit und Demokratie stellt, wie sie in der westlichen Welt in Geltung sind. Diese Rücksicht hat auch in den Verfassungskämpfen bewirkt, daß die allgemeinen Menschenrechte eigentlich nie in Frage gestellt wurden.

### *Die Kirche in der endgültigen Verfassung*

Die von den 130 Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung im Februar des Jahres 1956 angenommene Verfassung hat deshalb auch die Rechte der Minderheiten in sehr befriedigender Form festgelegt. Christlicherseits mußte man natürlich in Kauf nehmen, daß sich Pakistan als „islamische Republik im Commonwealth“ proklamierte. Man konnte wirklich nicht verlangen, daß dieses staatsrechtliche Kuriosum, das seine einzige Existenzberechtigung im religiös-islamischen Gedanken hat, in der Verfassung gleichsam die Grundlage zu seiner Selbstauflösung legte, indem es sich zu einem weltlichen Staat nach westlichen Vorbildern erklärte. Man hat auf christlicher Seite auch vorübergehend Anstoß an der Verfassungsbestimmung genommen, daß der Staatspräsident nur Mohammedaner sein kann. Aber welcher Christ hätte im Ernste den Ehrgeiz, Landesvater in einem Staate von 67 Millionen Mohammedanern zu sein? Nur eine logische Folgerung aus der Erklärung des Staates zu einer islamischen Republik ist die Verfassungsbestimmung, daß kein Gesetz beschlossen werden kann, das Koran und Sunna

widerspricht. Hier allerdings wird die trotz aller gegebenen verfassungsrechtlichen Sicherheiten und beruhigenden Erklärungen prekäre Lage der Minderheiten, speziell der Christen, sichtbar. Einige Giftzähne sind dieser gefährlichen Bestimmung freilich ausgebrochen worden. Die Mullahs wollten die Formulierung, daß alle Gesetze in Koran und Sunna ihre letzte Legitimation finden sollten. Außerdem sollte ein geistliches mohammedanisches Gericht die Prüfung aller Gesetze in diesem Sinne vornehmen. Es ist ein Glück für die Kirche, daß statt der positiven Fassung des Weltanschauungsparagraphen die negative gewählt wurde und daß man den Obersten Gerichtshof, also eine rein staatliche Instanz, zum Richter über die Frage machte, ob ein Gesetz nicht Koran und Sunna widerspreche. Auch in diesem Falle ist allerdings die christliche Minderheit auf die vage Hoffnung angewiesen, daß die Männer des Obersten Gerichtshofes immer solche Mohammedaner sind, die den Islam weiterhin und im Geiste westlicher Freiheits- und Toleranzbegriffe interpretieren.

Die Verfassung garantiert den Christen die volle bürgerliche Gleichberechtigung, die Freiheit des Zusammenschlusses, der Pflege ihrer Kultur, der Schaffung von Einrichtungen für ihre religiösen Zwecke, des Bekenntnisses, der Ausübung und der Ausbreitung ihrer Religion. Bis zuletzt war es zweifelhaft, ob gerade die Ausbreitung der Religion gestattet würde, da der orthodoxe Islam dies als eine für einen Mohammedaner unerträgliche Zumutung betrachtet. Vielleicht wurde dies Entgegenkommen psychologisch dadurch erleichtert, daß in gewissen Gegenden des heutigen Pakistan das Christentum sich seinerzeit gleichzeitig mit dem Islam ausgebreitet hat. Das Recht auf Verbreitung ihrer Religion haben nach der Verfassung an sich nur Bürger von Pakistan, ein Grund mehr für die Kirche, ihre Einwurzelung im Lande mit aller Energie zu betreiben.

#### *Prüfstein der Toleranz: das Schulwesen*

Im Schulwesen hat es im letzten Jahrzehnt viele Schwierigkeiten für die Katholiken gegeben, die aus dem Bereich der islamischen Religion kamen. Man wollte u. a. den Schulen den pflichtmäßigen Unterricht im Koran aufzwingen. Die Stellungnahme der Kirche zu dieser Forderung wurde bereits in der Herder-Korrespondenz (9. Jhg., S. 209—210) dargelegt. Besonders heftig war der Druck auf das katholische Schulwesen in der Hauptstadt Karachi. Die katholischen Schulen entgingen dort der Gefahr dadurch, daß sie auf den englischen Standard überwechselten, also einen mehr abendländischen Schultyp, der sicher für die nächsten 20 Jahre etwa, in denen das Englische als dritte Landessprache gilt, Existenzberechtigung hat. Im übrigen Pakistan kam es aber nicht zu einer Zuspitzung der Lage, da die Gesamtregierung des Landes Verständnis für die Haltung der Kirche zeigte. Die augenblickliche Praxis ist, daß die katholischen Schulen während der Religionsstunden den islamischen Schülern gestatten, außerhalb der Schule von ihren Religionsdienern religiösen Unterricht im Koran zu erhalten. Für die Kosten des Unterrichts müssen aber die Eltern aufkommen. Die Bedingung wurde gestellt, da ja kein Mohammedaner verpflichtet ist, seine Kinder in katholische Schulen zu schicken. Die Verfassung regelt die Schulfrage nun endgültig in befriedigender Weise. Die beiden einzigen katholischen Abgeordneten in der Verfassungsgebenden

den Versammlung hätten gerne einen Zusatz zu den Schulartikeln durchgesetzt, der den möglichen Mißbrauch des Artikels 25 der Verfassung verhüten soll. Dieser Artikel verfügt, daß der Staat verpflichtet ist, für den Unterricht der mohammedanischen Kinder in der Religion zu sorgen. Der entsprechende Zusatz sollte demgemäß lauten: „Keine Schule ist verpflichtet, den Religionsunterricht in einer (der religiösen Institution, die die Schule leitet) fremden Religion zu geben.“ Der Antrag verfiel aber der Ablehnung. Die Regierung hat sich jedoch erneut beeilt, zu erklären, sie würde die katholischen Schulen nicht zwingen, ihren islamischen Schülern islamischen Religionsunterricht erteilen zu lassen. Trotzdem sind die Katholiken nicht ganz beruhigt. Sie erinnern sich der gleichgearteten Schwierigkeiten in Ägypten, wo die Kirche sich gezwungen sah, auf den Schulgrundstücken wenigstens eigene Räume für den mohammedanischen Religionsunterricht zu errichten. Ob damit in Ägypten der Druck aufgehört, ist fraglich, da die amerikanische presbyterianische Mission inzwischen ihre Bereitschaft erklärt hat, den islamischen Religionsunterricht in ihren Räumen zu erteilen, während die englische Kirchenmission (heute „Ägyptische Bischöfliche Kirche“) sich bereit fand, an drei Mädchenschulen, wo 80 Prozent der Schülerinnen Moslems sind, das gleiche zu tun. Falls die Protestanten in Pakistan zu gleichem Entgegenkommen bereit wären, könnten den katholischen Schulen auch hier neue Schwierigkeiten erwachsen.

Die Verfassung Pakistans sieht vor, daß die ausschließlich für Kinder der eigenen Konfession errichteten Schulen keine Staatszuschüsse erhalten, wohl aber jene, die Kinder anderen Bekenntnisses aufnehmen. Diese vom Staat unterstützten Schulen dürfen sogar „keine Schüler aus Gründen der Rasse, Religion, Kaste oder Geburt ablehnen“. Da die meisten katholischen Schulen ohne Staatszuschüsse nicht gehalten werden können, ist hier die Gefahr der Überfremdung dieser Schulen durch den Islam gegeben, zumal auf den Wartelisten der überfüllten Schulen Hunderte von mohammedanischen Kindern stehen, deren Eltern alles tun, um für diese Kinder den vielgerühmten Unterricht der katholischen Schulen zu sichern. So besteht die Gefahr, daß der katholische Geist der Schulen leidet, daß selbst die katholischen Kinder darin religiös gefährdet werden und daß die Unterrichtsanstalten von innen heraus ihrem Zwecke entfremdet werden.

#### *Unsicherheitsfaktoren*

Wie man sieht, ist die Freiheit der Kirche in Pakistan durchaus nicht so gesichert, wie es bei Würdigung der Verfassung auf den ersten Blick erscheinen könnte. Es wird alles von der Art abhängen, wie die Verfassung gehandhabt wird. Die augenblicklich an der Regierung befindlichen Männer flößen Vertrauen ein. Der Premierminister, Hussein S. Suhrawardy, Bruder des Gesandten Pakistans am Vatikan, ist ehemaliger Schüler des St. Xavier's College zu Kalkutta und bietet Gewähr für eine freundliche Haltung gegenüber der Kirche. Aber wie wird die Lage unter anderen Regierungen sein?

Die wesentlichen Unsicherheiten für die Kirche kommen im Augenblick aus den Millionenmassen des ungebildeten mohammedanischen Volkes, für die „Demokratie“, „Verfassung“, „bürgerliche Toleranz“ usw. noch ziemlich unverständliche Begriffe sind. Ihnen genügt, daß ihr Staat „islamisch“ ist, und sie setzen „Bürger“ mit „Mohammeda-

nern“ gleich. Dementsprechend wird die Kirche von der lokalen Presse oft nicht glimpflich behandelt oder bestenfalls ignoriert, und die unteren Beamten versuchen, weiter nach ererbten islamischen Vorstellungen zu regieren... Die Regierung steht vor der schweren Aufgabe, den Massen moderne Toleranzgedanken beizubringen, und man kann fragen, ob sie hier schon ihr Menschenmögliches getan hat... Da die Kirche selbst durch das wache Mißtrauen der Mohammedaner in der Öffentlichkeit stark beeengt wird, über keine beachtliche Presse verfügt und erst relativ wenige gebildete Katholiken zählt, die für die Vertretung der kirchlichen Rechte im öffentlichen Leben die nötige Eignung und Schulung besitzen, wird sie sich glücklich schätzen können, wenn sie in aller Stille mit viel Klugheit und in geduldigem Ertragen an dem schweren Werk arbeiten kann, sich in einem vom Islam geprägten Lande in der einheimischen Kulturwelt zu inkarnieren. Noch hat sie keine einheimischen Bischöfe. Von den 331 Priestern sind 185 Europäer und 53 Amerikaner, und unter den 93 asiatischen Priestern zählt man erst 62 Pakistanis.

**Unruhen in der  
Südafrikanischen  
Union**

In der Morgendämmerung des 5. Dezember 1956 wurde in der Südafrikanischen Union unerwartet eine Polizeiaktion durchgeführt. 141 Personen wurden unter der Anklage des Hochverrats aus Kapstadt, Durban, Port Elizabeth, East London, Kimberley, aus dem Oranje-Freistaat und den Industriestädten Transvaals nach Johannesburg ins Gefängnis gebracht. Die Zahl erhöhte sich in den nächsten Tagen auf 153, von denen 101 Afrikaner, 23 Weiße, 20 Inder und 8 Mischlinge waren. Offenbar gehörten sie nicht einer einzigen gemeinsamen Verschwörerorganisation an; sie vertraten verschiedene politische, religiöse und soziale Gruppen. Aber es scheint, daß allen vorgeworfen wurde, sie stünden in Beziehung zu einer kommunistischen Untergrundbewegung. Von amtlicher Seite wurde erwähnt, daß die Mehrzahl der Verhafteten ehemals der seit 1950 verbotenen Kommunistischen Partei angehört hätten oder mit ihr sympathisierten; einige hätten Besuchsreisen nach Moskau und selbst nach Peking gemacht und seien offenbar mit den nötigen Instruktionen von dort zurückgekehrt. Man könne geradezu von einer kommunistischen Unterwanderung der schwarzen Verbände sprechen, und auch die Unterstützung der farbigen Revolutionäre durch Moskau sei nachweisbar. Unter den Angeklagten befanden sich der Rektor der Universität Fort Hare, der einzigen Eingeborenenhochschule der Union, einer der drei weißen Parlamentarier, die die 9,3 Millionen Schwarzer des Landes vertreten (die Eingeborenen haben keine eigene Vertretung im Parlament), der Häuptling Albert Luthuli, einer der bekanntesten eingeborenen Führer des Landes, sowie der Gewerkschaftsführer Pieter Beylveled. Die Regierung, die zu diesen Maßnahmen griff, behauptet, Südafrika habe Anfang Dezember am Vorabend einer (kommunistisch geführten) Revolution gestanden. Die Sprecher der 48 Organisationen, denen die Angeklagten angehören, verneinen das aber entschieden.

Der „Afrikanische Nationalkongreß“, der die Belange der Schwarzen (der „Afrikaner“) in der Diskussion vertritt, bekannte zwar freimütig, sich für eine Änderung der

gesamten Gesellschaftsstruktur und für völlige Gleichberechtigung der 13 Millionen Einwohner der Union einzusetzen, ohne Rücksicht auf Rasse und Farbe; von Aufstand und Waffengewalt sei jedoch nie die Rede gewesen. Der „Indische Kongreß“ als Sprecher für die 400 000 Hindus und Moslems in Südafrika, der sich ebenfalls für die Schaffung eines echt demokratischen Staatswesens einsetzt, läßt als Mittel des Freiheitskampfes allenfalls den passiven Widerstand zu. Beide Verbände lehnten die Anschuldigung ab, sie hätten ihre Gefolgschaft, die man auf 3 Millionen schätzt, zu revolutionären Gewaltaktionen aufgerufen. Die Regierung bestand jedoch auf ihrer Klage auf Hochverrat und lehnte daher auch „jede vorzeitige Haftentlassung gegen Kautions“ ab. Selbst die Schwerkranken mußten bis zum Beginn der Gerichtsverhandlungen am 19. Dezember in Haft bleiben. Die Verhandlung konnte am 19. Dezember nicht beginnen, weil sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, Schwarze, Inder und Mischlinge (man schätzte sie auf gegen 8000) vor dem Gerichtssaal eingefunden hatte und durch Sprechchöre und Singen von Kampfliedern jedes Wort im Gerichtssaal übertönte. Der Prozeß begann dann am 20. Dezember. Am zweiten Tag der Verhandlungen wurde entschieden, die Angeklagten gegen eine Kautions in der Höhe von insgesamt 148 000 Mark auf freien Fuß zu setzen. Die Kautions waren, ganz im Geiste der Union, sozusagen nach dem rassistischen Wert der Inhaftierten abgestuft: 250 Pfund für Europäer, 100 für Inder und 50 für Afrikaner und Mischlinge. Es wurde sofort von verschiedenen Stellen eine Kampagne eingeleitet, um die für die Kautions nötigen Geldmittel aufzubringen. Einer der führenden Leiter dieser Kampagne war der Erzbischof von Kapstadt, Msgr. McCann. Übrigens waren die Angeklagten zunächst bei der Verhandlung in einen metallenen Käfig eingeschlossen vorgeführt worden; diese Maßnahme wurde erst aufgehoben, als die Rechtsanwälte der Verteidigung den Saal zu verlassen drohten. Die Verhandlungen sind nun vorerst vertagt.

*Der Autobus- und Trinkstreik*

Kaum war diese Erregung abgeklungen, als sich bereits wieder neue Unruhen zeigten, die durch die unsinnigen Maßnahmen der südafrikanischen Rassenpolitik hervorgerufen waren: die von der Regierung in weit außerhalb der Städte gelegene Eingeborenenansiedlungen umgesiedelten Schwarzen, an die 40 000, die jetzt rund 15 km von ihren Arbeitsstätten entfernt wohnen müssen (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 321, und 10. Jhg., S. 572), traten Anfang Januar in einen Autobusstreik, als die Autobusfahrpreise um 1 penny (= 5 Pfennig) erhöht wurden, eine Maßnahme, die fast ausschließlich die Schwarzen traf. Der Protest nahm rasch den Charakter einer Kundgebung gegen die Rassenpolitik des Staates überhaupt an. Er griff „aus Sympathiegründen“ auf das Brauereigewerbe über. Die Parolen lauteten: „Wir rollen nicht! Wir trinken nicht!“ Sowohl die Autobusbetriebe wie die Brauereien bringen gewöhnlich den Städten Pretoria und Johannesburg, in denen sich diese Kundgebungen abspielen, einen sehr großen Ertrag ein. Am 29. Januar kam es im Verlauf dieses Streikes in Johannesburg zum erstenmal zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizei, wobei es eine Anzahl Verwundeter gab und 11 Eingeborene inhaftiert wurden. Die Zahl der Verhafteten und der Toten beim Zusammenprall mit der Polizei nimmt

seither ständig zu. Anfang März mußte eine Johannesburger Verkehrsgesellschaft den Verkehr völlig einstellen. Vermittlungsvorschläge der Stadt wurden von den Schwarzen abgelehnt. Ihre Erbitterung ist inzwischen viel zu sehr gestiegen, und der Fahrstreik ist für sie zu einer allgemeinen Kraftprobe geworden. Mitte Februar schon schätzte man die Zahl der Teilnehmer an dem Boykott auf 250 000.

#### *Verschärfte Maßnahmen*

Mitte Januar wurde dem Parlament auch ein Antrag vorgelegt, nach dem das sogenannte „Unmoralitätsgesetz“ verschärft werden soll, das Liebesbeziehungen zwischen Angehörigen ungleicher Rassen (und man weiß, wie genau die Rassenzugehörigkeit in der Südafrikanischen Union festgelegt worden ist; vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 228) mit Gefängnis bestraft. Der Vorschlag will das Strafmaß für Liebesbeziehungen zwischen Weißen und Farbigen von 4 auf 7 Jahre erhöhen. Als Grund wird „die starke Zunahme derartiger Delikte“ angegeben. Das Gesetz wurde Anfang Februar verabschiedet. Inkonsequenterweise ist aber bei Bluttransfusionen eine Rassentrennung nicht vorgeschrieben.

Sehr schwer werden von der südafrikanischen Rassenpolitik auch die dort lebenden Inder betroffen. Sie sind ausnahmslos Geschäftsleute, große und kleine, und verlieren bei einer Aussiedlung (in Johannesburg sollen sie 32 km weit weg von der Stadt angesiedelt werden) ihre ganze Existenzbasis. Die UN hat am 10. Januar versucht, Indien, Pakistan und die Südafrikanische Union zu einer gemeinsamen Lösung des Problems der südafrikanischen Inder aufzurufen. Südafrika, das ja bekanntlich die UN verlassen hat und nicht wieder an den Sitzungen teilnehmen will, solange die Rassenfrage in der Union auf der Tagesordnung der UN stehen bleibt, reagiert auf solche Aufforderungen nicht. Am 21. Januar hat die Vollversammlung der UN die Südafrikanische Union auch neuerdings aufgefordert, ihre Politik der Rassendiskriminierung aufzugeben und in die UN zurückzukehren. Die Union sieht jedoch ihre Rassenpolitik als eine Sache an, die niemand anders etwas angeht. Zudem scheint die Regierung jetzt zu befürchten, daß jede Konzession gegenüber den Schwarzen und Farbigen von diesen als Ermutigung aufgefaßt werden würde, die Waffe des Boykotts auch weiterhin in politischen Angelegenheiten einzusetzen.

#### *Die Sorgen der katholischen Kirche*

Die katholische Kirche in der Südafrikanischen Union ist in all diesen Konflikten stark engagiert, teils ganz allgemein als Verteidigerin der grundlegendsten Menschenrechte (wie z. B. die Bemühungen des Erzbischofs von Kapstadt um die Kauttionen für die Angeklagten des Dezember oder auch früher schon, im September vorigen Jahres, seine entschiedenen Proteste gegen das „Unmoralitätsgesetz“ und die „geographische Apartheid“ bewiesen), teils auch in konkreter Form.

Der Bereich, in dem sie am schwersten getroffen ist, ist bekanntlich der der Schule. Wir haben darüber ausführlich berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 318 ff. und 548 ff.; 10. Jhg., S. 229). Am 6. Juli vergangenen Jahres hat die Abteilung für Eingeborenenangelegenheiten in Südafrika, der jetzt das Schulwesen für die Eingeborenen auf Grund des berüchtigten Bantuschulgesetzes

untersteht, diesem noch Ergänzungsbestimmungen für alle römisch-katholischen Lehrerbildungsanstalten für die Zeit nach 1957 (d. h. nach dem Ende der Übergangsperiode) hinzugefügt. Danach können die katholischen Lehrerbildungsanstalten ihre Tätigkeit nur noch bis Dezember 1957 fortsetzen; bis dahin erhalten sie noch die immer geringer werdenden staatlichen Subsidien und gelten als Regierungsschulen. Danach können sie nur noch als Privatschulen (ohne Unterstützung) fortgeführt werden, vorausgesetzt daß bis Ende Februar 1957 für jede Schule ein Gesuch eingereicht worden ist. Werden sie nach entsprechender Prüfung durch das Ministerium für Eingeborenenangelegenheiten genehmigt, so sind sie fortan nur noch Ausbildungsstätten für das Lehrpersonal von Privatschulen. Sie müssen sich an die Lehrpläne der Regierungsschulen halten, mit Ausnahme des Religionsunterrichts. Den kirchlichen Lehrplan für den Religionsunterricht müssen sie jedoch der Regierung zur Genehmigung vorlegen. Sie dürfen selber Prüfungen vornehmen und Zeugnisse ausstellen; doch diese werden staatlich nicht anerkannt und geben den Kandidaten nicht das Recht auf Anstellung an Regierungsschulen. Die Südafrikanische Bischofskonferenz kam Mitte Februar nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß, die sechs bestehenden katholischen Lehrerbildungsanstalten unter diesen Bedingungen zur Zulassung als Privatanstalten anzumelden.

Immer schwerer wird den Missionen die Erhaltung ihrer Bantuschulen gemacht. Die Regierung hat den Missionen verboten, von den Eltern ihrer schwarzen Schüler Schulgeld zu nehmen: die Regierung wünscht, daß den Bantukindern unentgeltlich Schulbildung erteilt wird, und auch ihre eigenen Bantuschulen sind unentgeltlich. In Wirklichkeit bestehen aber derartige Bantuschulen der Regierung kaum, und die Regierung kann die Aufgabe, die Bantukinder zu erziehen, in keiner Weise bewältigen. Sie mußte zu einem System Zuflucht nehmen, das gewiß nicht den Interessen der Bantubevölkerung dient: auf dem Land, wo der Unterricht bisher ausschließlich in Händen der Missionen lag, übergibt die Regierung jetzt dem Farmer, auf dessen Grund und Boden die Schule steht oder gebaut wird, die Kontrolle über die Führung der Schule und sogar über den Lehrkörper. Auf Grund der jüngsten Durchführungsbestimmungen kann der Farmer das gesamte Baumaterial von der Regierungsabteilung für Eingeborenenangelegenheiten erhalten und wird dadurch „Manager“ der Schule. Wenn er die Schule nicht mehr auf seinem Grund und Boden will, wendet er sich an die Abteilung für Eingeborenenangelegenheiten; die Schule wird dann geschlossen und das Schulhaus abgebrochen. Während nun nur 25 % aller Bantukinder Schulen besuchen können, und zwar zum größten Teil, weil keine Schule für sie erreichbar ist, wird den Schulen der Missionen immer mehr die nötige finanzielle Grundlage entzogen. Schulgeld dürfen sie nicht annehmen, selbst wenn die Eltern es zahlen wollen. Sie müssen ausschließlich von Spenden für ihren Kirchenfonds existieren, den sie dann allerdings auch für ihre Schulen verwenden dürfen, wie ihnen der Minister für Eingeborenenangelegenheiten Verwoerd eingeräumt hat. Zum Glück laufen auch große ausländische Spenden ein. (So hat kürzlich Kardinal Frings von Köln eine zu seinem 70. Geburtstag gesammelte Summe von 266 000 DM für die südafrikanischen Missionsschulen gespendet.)

Als Schlußstein in dem System der Bantuschulgesetze soll nun auch im Universitätswesen eine strenge Rassentrennung eingeführt werden. Die Südafrikanische Union besitzt sieben Universitäten, von denen eine, Fort Hare, die Eingeborenenuniversität ist. Die Universitäten Grahams-town (Rhodes-Universität), Pietermaritzburg, Pretoria und Stellenbosch sind ausschließlich für Weiße. Immerhin standen zwei Universitäten bisher noch einer gewissen Anzahl Nichtweißer offen: die sogenannten „offenen“ Universitäten Witwatersrand (Johannesburg) und Kapstadt. Auf diese „offenen“ Universitäten richtet sich der neue Angriff der Apartheids-Politik. Als Begründung hat der Wirtschaftsminister van Rhijn vor einiger Zeit (nach „Neue Zürcher Zeitung“, 5. 1. 57) angegeben: „Die Eingeborenen kommen in ihren Entwicklungsjahren auf die Universitäten, erwerben dort Freunde, werden mit der Lebensweise der Weißen bekannt und wollen den Weißen ähnlich werden.“ Im Namen des „Nationalen Katholischen Studentenverbandes“ protestierte dessen Präsident M. Mai gegen diese Maßnahme in einer Erklärung an die katholische Wochenzeitung „The Southern Cross“, in der er betonte, daß die Rassentrennung an den Universitäten Witwatersrand und Kapstadt eine Beleidigung der grundlegenden christlichen Tugenden der Gerechtigkeit und der Liebe bilden würde. „Die Erwerbung von Wissen darf nie auf einen bestimmten Teil der Gemeinschaft beschränkt werden . . . Die Universitätsinstitute für Nichteuropäer in Südafrika haben nicht die gleichen Möglichkeiten wie Witwatersrand und Kapstadt, vor allem wegen des Fehlens finanzieller Mittel . . . Das zweite, was Südafrika dringend braucht (neben dem Erwerben von Kenntnissen), ist ein Wachsen der Liebe, die zu einem besseren Verständnis zwischen den verschiedenen Rassen-gruppen führen würde. Diese Liebe und dieses Verständnis kann nur durch persönlichen Kontakt, Begegnung, Diskussion der gemeinsamen Probleme erreicht werden . . .“ Übrigens haben auch andersgläubige Studenten gegen die drohende Maßnahme protestiert, so rund 1800 Studierende der Universität Kapstadt. Der Erziehungsminister hat sich jedoch geweigert, eine Abordnung des Studentenrates zu empfangen. Man fragt sich voller Sorge, wie weit die Regierung Südafrikas es auf diesem Weg noch treiben wird. Mit studentischen Unruhen hat auch die Erhebung in Ungarn begonnen. Zwar liegen hier die weltanschaulichen Verhältnisse ganz anders; das bedeutet aber nur, daß wenn in der Südafrikanischen Union eine Revolution ausbräche, diese zweifellos dem Kommunismus zugute käme. Revolten bilden sich hier aus sehr akuten, konkreten Anlässen, die nichts mit kommunistischer Agitation zu tun haben; aber man weiß, daß der Kommunismus in Südafrika tatsächlich die verzweifelte Stimmung eines großen Teils der Bevölkerung ausnutzt und bei einem wirklichen weit ausgreifenden Aufstand wohl die einzige organisierte Macht wäre, die die Zügel ergreifen könnte. Sicher sind die Anschuldigungen der Regierung gegenüber den Inhaftierten vom 5. Dezember, sie gehörten einer kommunistischen Untergrundbewegung an, zum großen Teil unbegründet oder übertrieben, eine Ablenkung von den wahren Ursachen, die in den Härten der Rassenpolitik zu suchen sind. Aber sicher ist auch, daß z. B. der „Afrikanische Nationalkongreß“ stark kommunistische Tendenzen hat und daß Elend und Machtlosigkeit guter Nährboden für kommunistische Ideen sind.

Die südafrikanische Regierung kann es schließlich offenbar auch nicht mehr länger mit ansehen, daß einige der christlichen Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, bei sich die Rassentrennung nicht durchführen, und plant daher ein Gesetz, das die Rassentrennung in den Kirchen obligatorisch machen soll.

Hiergegen hat Erzbischof McCann von Kapstadt Mitte Februar eine offizielle Erklärung abgegeben, in der er betonte, daß ein solches Gesetz „unmittelbar die Religions- und Gewissensfreiheit“ angreifen würde. Die ihm anvertraute Herde umfasse Elemente aus allen südafrikanischen Bevölkerungsgruppen: „Alle haben eine einzige Pflicht: den Herrn anzubeten. Sie haben daher das Recht, die katholischen Kirchen zu betreten, wo immer sie sie finden. Wenn das Projekt in Kraft treten sollte, wäre das ein Schlag für die Zivilisation selber, die die Regierung zu schützen vorgibt . . . Als Südafrikaner bin ich verletzt, zu sehen, daß selbst die Rechte des Kults und die des Gewissens in unserm Land in Frage gestellt werden . . .“ Ähnlich, wenn nicht noch schärfer, äußerten sich kurz darauf auch Erzbischof Garner von Pretoria und Erzbischof Hurley von Durban. Auch die südafrikanische Methodistenkirche und die anglikanische Kirche in der Union protestierten ausdrücklich gegen das Projekt.

## Ökumenische Nachrichten

**Generalsynode der EKD und Militärseelsorge** Die diesjährige Generalsynode der „Evangelischen Kirche in Deutschland“, die vom 3.—8. März nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in Halle, sondern in Berlin-Spandau tagte, hat eine noch nicht dagewesene Belastungsprobe bestanden, deren Folgen allerdings nicht abzusehen sind. Im Unterschied zu früheren Zusammenkünften war sie angesichts des großen Druckes seitens des Pankowregimes und der immer schwieriger werdenden Lage in der Ostzone eine ausgesprochen disziplinierte Synode, die wußte, was sie dem Gedanken der Einheit der EKD schuldig ist. Auf der Tagesordnung stand die Annahme des vom Beauftragten der EKD bei der Bundesregierung, dem Prälaten Kunst, ausgehandelten Vertrages über die Regelung der Militärseelsorge bei der Bundeswehr, der am 22. Februar von Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundesminister Strauß, Bischof Dibelius und Präsident Brunotte paraphiert worden war, dazu die Zusammenfassung des Evangelischen Hilfswerkes mit der Inneren Mission. Der Stein des Anstoßes für Pankow war das Abkommen über die Militärseelsorge, das insofern ein Novum ist, als hier zum erstenmal Rechtsfragen zwischen einem deutschen Gesamtstaat und der EKD als Ganzer geregelt werden. Alle früheren Vereinbarungen zwischen Staat und evangelischen Kirchen waren, von der in Loccum erarbeiteten Reichskirchenverfassung der „Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 11. Juli 1933 abgesehen, Verträge mit den deutschen Ländern. Es ist also nicht ganz unrichtig, wenn Niemöller von einer Art Konkordat sprach (vgl. dazu den Bericht über „Kirche und Recht“; Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 241 ff.). Die Annahme dieses Vertrages bedurfte einer Zweidrittelmehrheit der 120 Synodalen, von denen 44 die Gliedkirchen der Ostzone vertreten. Die Regierung von Pankow hatte nicht nur die Behandlung dieses Gegenstandes